

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 285 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 10/2018 VOM 16. OKTOBER 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Thema Ortsteile und Ortsbeiräte aufgeschoben**
2. Lesung frühestens im November

8 | **Solidarisches Abendessen**
Proteste gegen Rassenhaß

12 | **Die Rote Fahne auf dem Eberswalder Rathaus**
Novemberrevolution 1918 (Teil 1)

Die Chaos-Kreuzung vorm Rathaus

Video dokumentiert gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr



Nach dem Umbau der Kreuzung am Eberswalder Marktplatz ließen viele überraschte Eberswalder zunächst ihren Unmut über die weggefallene Linksabbiegerspur aus der Breiten Straße in die Friedrich-Ebert-Straße aus sich heraus. Durch die neue Regelung, die den Obussen das Abbiegen weiterhin erlaubt – ohne daß es die Linksabbiegerspur gibt – staut sich der Verkehr aus der Freienwalder Richtung, da die Busse ja erst den Gegenverkehr vorbeilassen müssen. Hier wäre zu erwarten gewesen, daß den linksabbiegenden Bussen durch eine entsprechende Schaltung der Ampeln Vorrang gegeben wird. Zu DDR-Zeiten gab es solche Möglichkeiten beispielsweise am anderen Ende der Friedrich-Ebert-Straße. Dort, wo heute die Volksbank steht, gab es bis Anfang der 80er Jahre eine spezielle Bedarfampel, die ausschließlich durch die Obusse geschaltet wurde. Das sollte doch bei den heutigen computer-gesteuerten Ampeln leicht möglich sein.

Auch die Sperrung der Einfahrt in die Kreuzstraße fand viel Kritik. Dies soll angeblich den Fußgängern und Radfahrern zugute kommen. Doch gerade hier zeigt sich, zu welch hochgradigem Dilettantismus es

die Eberswalder Verkehrsplaner bringen. Den aus der Kreuzstraße nach links in die Breite Straße abbiegenden Radfahrern wurde eine eigene Ampel gegönnt. Davon abgesehen, daß es kaum Radfahrer geben dürfte, die dies tatsächlich tun, muß auch allen davon abgeraten werden, auf diese Ampel zu vertrauen. Denn während diese noch auf Grün steht – und den Radfahrern Sicherheit suggeriert – schaltet zugleich die Ampel für den Autoverkehr auf der Breiten Straße auf Grün. Dazu gibt es im Internet auf der Seite der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« (<http://radwege.alternative-eberswalde.de>) ein Video. Die Pressesprecherin der Stadt Eberswalde erhielt dieses Video, das den gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr dokumentiert, bereits am 27. September. Bisher ohne Reaktion.

In der Pressemitteilung der Stadtverwaltung Eberswalde vom 28.06.2018 liest sich das so: »Die Breite Straße gehört zu den wichtigsten Verkehrsadern in der Stadt Eberswalde. Nun ist sie auch für Radfahrer vollständig attraktiv.«

GERD MARKMANN

Kämpfer für das Eisenbahnwerk Eberswalde

Die Initiative vom Eisenbahnwerk hat noch einmal die Türen aufgemacht, um einen Schlußstrich unter die bewegten Zeiten der Insolvenz zu ziehen. Bevor ihre Facebook-Seite in den nächsten Tagen abgeschaltet wird, schreiben sie dort:

»Wir bedanken uns bei allen, die uns seit 2014, als wir unseren Kampf begonnen hatten, zur Seite standen. Angefangen von allen Eisenbahnern, Kollegen, Freunden, Familienmitgliedern bis hin zu den Politikern, die uns tatkräftig unterstützt haben. Ihr wart super!!!! Danke für alles!!!! Ihr wart alle ein wichtiger Teil unseres Kampfes!

Nachdem die Deutsche Bahn uns nicht mehr wollte, die Investment Heuschrecke Quantum uns in die Insolvenz gesteuert hat, sind wir nach dieser langen harten Zeit als Schienenfahrzeugbau Wittenberge GmbH Werk Eberswalde unter dem Dach der Deutschen Eisenbahn Service AG endlich angekommen. Wir haben viel zu tun und es sieht gut aus für eine langfristige stabile Sicherung unseres Werkes.«

Am Samstag, dem 13. Oktober, luden sie zu einem Tag der offenen Tür mit einer kleinen Feuer zum 140jährigen Bestehen des Werkes ein.

THOMAS TOBLER

Selbstzerstörer

Der faulende Kapitalismus hat wieder mal Probleme mit dem Wachstum. Nach vielen prosperierenden Jahren wächst die Wirtschaft nicht so schnell, wie sie nach Ansicht von Kapitalbesitzern wachsen sollte. Anscheinend genügt denen der Profit nicht. Wachstumsprobleme gehören wie Überproduktion zum Wesen kapitalistischer Wirtschaft.

Welch ein Elend, schon wieder werden Produzenten ihren Kram nicht los. Obwohl dieses Land die halbe Welt mit Maschinen und Autos versorgt und das viele Zeug die Autobahnen und die Läden verstopft, muß noch mehr produziert werden. Aber die Leute wollen einfach nicht mehr kaufen, da können sich Werber und Verkäufer die größte Mühe geben. Wo sollen die vielen Produkte nur hin? Da die üblichen Mittel nicht mehr reichen, um die Produktion auszuweiten, müssen gröbere Werkzeuge her.

Kann man das viele Zeug nicht zerstören? Zerstörung gehört zum Wesen des Kapitalismus. Ein Blick in die Geschichte zeigt das eindrucksvoll. Man muß nur an die großen Kriege des vergangenen Jahrhunderts denken. Neuerdings gibt es sogar Bilder, die sich von selbst nach der Versteigerung zerstören. Alle machen mit, bau auf und reiß ein, koordiniert, mit ganzer Kraft, schlau und einfallsreich.

Fangen wir mit den Besorgten an. Lauter intelligente Leute, gerne in sinnfreien Beschäftigungen, sorgen sich um wilde Tiere und Pflanzen, das Klima und das Wohl der Menschheit. Achtsam und bedacht finden sie Schwächen der alten Wirtschaften und stürzen sich mit geballter demokratischen Kraft darauf.

Bauern, Fischer und Forstleute können ein Liederfestival laut und kräftig davon singen. Die ducken sich in ökologische Nischen und machen ein bißchen Folklore. Der Kampf gegen Bergleute, Kraftwerker und Autobauer ist im vollem Gange. Da geht es richtig zur Sache. Landschaften voller Windräder, hohe Strompreise und elektrische Geländewagen zeugen vom Erfolg.

Andere haben im wahren Leben alles erreicht, was ihr Stand hergibt. Diesem fehlt der Stallgeruch, jener das Land und andere sind schon alt. In ihren Milieus kommen sie nicht weiter. Die feine Gesellschaft läßt sie nicht mitspielen. Eine politische Karriere bietet den Ausweg.

Damit es recht schnell geht, müssen sie Strukturen und Abläufe zerstören. Das machen sie mit ganzer Kraft und erfolgreich. Schauen und hören Sie sich die Reden dieser Leute mal an. Die machen das konsequent. Selbst vor der Sprache machen sie nicht halt. Wem das nicht reicht, braucht nur dem Mann mit dem Toupet eine Woche zu folgen.

Vor unseren Augen zerlegen sie politische Organisationen und Staaten. Das Zerstörte läßt sich mit Profit zum Nutzen der Kapitalbesitzer wieder aufbauen – usw.

Dr. MANFRED PFAFF

Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«:

»Wir danken allen Unterstützern«

Insgesamt 4.336 Eberswalder Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihrer Unterschrift an unserem Bürgerbegehren »Zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« beteiligt. Mit der Übergabe der 626 Unterschriftenlisten an den Wahlleiter der Stadt Eberswalde konnten wir die erste Etappe abschließen.

Nun kommt es darauf an, daß endlich gehandelt wird, um die Situation für alle Verkehrsteilnehmer zu verbessern.

Wir danken allen Unterstützerinnen und Unterstützer von Herzen für ihre Beteiligung und ihr Engagement. Wir alle haben mit diesem Bürgerbegehren bewiesen, daß die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt mitreden können, wenn es um wichtige Entscheidungen geht, die alle angehen.

Ermöglicht wird diese Mitsprache durch die 1992 per Volksabstimmung beschlossene Brandenburger Landesverfassung. Die Forderung von 1989 »Wir sind das Volk« fand hier einen Niederschlag. Doch die gesetzlichen Möglichkeiten sind das eine – die konkrete Nutzung dieser Möglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger das andere. Unser Bürgerbegehren ist das zweite in Eberswalde und das erste zu einem Sachthema.

Das erste Bürgerbegehren gab es 1995, als es um die Abwahl des damaligen Bürgermeisters ging. Sowohl das Begehren als auch der anschließende Bürgerentscheid zur Abwahl endeten damals übrigens mit einem Erfolg.

Wir fragen uns, warum der Bürgermeister und viele Stadtverordnete dem Bürgerbegeh-

ren gleichgültig bis ablehnend gegenüberstehen. Sie müßten doch voller Freude sein, wenn Einwohnerinnen und Einwohner politisch aktiv werden und die demokratischen Möglichkeiten nutzen.

Derzeit werden die gesammelten Unterschriften durch die Eberswalder Wahlbehörde auf ihre Gültigkeit geprüft. Wir sind optimistisch, daß die nötige Zahl an gültigen Unterschriften (10 Prozent der am Einreichungstag festgestellten 34.173 Wahlberechtigten) erreicht wird.

Die Eberswalder Volksvertreter haben es nun in der Hand, dem Anliegen des Bürgerbegehrens von sich aus durch eine Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung zu entsprechen. Damit könnten weitere Verzögerungen vermieden werden.

Andernfalls wird es einen Bürgerentscheid geben. Bei unseren Sammelaktionen konnten wir die Stimmung der Menschen hautnah spüren. Wir haben keine Zweifel, wie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entscheiden wird.

GERD MARKMANN und
DR. ULRICH POFAHL, Sprecher der
Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«

Sozialistische Selbsthilfe braucht Hilfe

Köln (bbp). Mit einem dringenden Notruf hat sich jetzt die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) zu Wort gemeldet. Die SSM bietet seit den 1970er Jahren Menschen Gelegenheit, sich selbst zu helfen. Nun benötigt das Selbsthilfeprojekt selbst Hilfe. Ende September, so schreibt die SSM in ihrem Hilferuf, »ist unser 7,5t-LKW unreparierbar zusammengebrochen. Damit ist unser wirtschaftliches Standbein amputiert. Zugleich sind durch unsere Hallenbaustelle Am Faulbach unsere finanziellen Kräfte erschöpft.

Die Anschaffung eines gebrauchten LKW-Ersatzfahrzeuges ist erheblich teurer als bisher üblich, weil das Fahrzeug der Schadstoffklasse EURO 6 entsprechen muß, um einem Diesel-Fahrverbot zu entgehen. Ein solches Fahrzeug ist deshalb nicht unter 25.000 Euro zu haben. Unsere letzte Eigenreserve liegt bei 5.000 Euro. Unsere letzte Hoffnung liegt bei Euch. Jede Spende hilft.«

Spendenkonto: MachMit! e.V., IBAN DE53 3705 0198 1011 3427 04, BIC COLSDE33, Stichwort: LKW (Spenden sind steuerlich absetzbar).

SSM-Kalender »Mülheim viermal anders« 2019: Zwischen Bauhaus und Bauwagen

Alle Jahre wieder: auch für das Jahr 2019 geben die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) und der MachMit! e.V. ihren Fotokalender heraus. »Mülheim viermal anders« bietet im vierten Jahr in Folge ungewöhnliche Motive aus dem Stadtbezirk und seinen Veedeln. Auf der Homepage des SSM (www.ssm-koeln.org) ist der Kalender zur Ansicht abgelegt. Der Erlös des Kalenders kommt dem Bauprojekt »Neue Arbeit statt Hartz IV« zugute. Es werden für sechs ausgegrenzte Menschen Wohnräume erstellt. Dazu wird zu deren Sicherung des Lebensunterhaltes ein Möbellager für Gebrauchtmöbel erbaut.

Der Fotokalender »Mülheim viermal anders« befaßt sich diesmal u.a. mit einigen Aspekten des sozialen Wohnungsbaus im Stadtteil. Die »Weiße Stadt« in Buchforst erinnert etwa daran, daß der »Soziale Wohnungsbau« Teil des UNESCO-Weltkulturerbes und dem damit verbundenen Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung ist. Häuser im Stile des Bauhauses findet man auch am anderen Ende des Stadtbezirks in Stammheim – etwa Am Faulbach und der Domagk-Straße. In der unmittelbaren Nachbarschaft der »Halle am Rhein« gruppieren sich halb versteckt eine Reihe bunter Bauwagen – Beispiele für ein etwas anderes Wohnen voller Licht und Luft, vielleicht etwas hart in kalten Zeiten, aber entspannt, und mit freier Sicht in den Himmel.

Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

Satzungsbeschluß contra Radstreifen

Eberswalde (bbp). Kurz nach Einreichung des Bürgerbegehrens »zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« haben die Eberswalder Stadtverordneten die Aufstellung der »Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 427 'Heegermühler Straße 14' einschließlich Begründung in der Fassung vom 24. Juli 2018« beschlossen.

In der Begründung heißt es unter Punkt 5.2.3.3. Verkehrsentwicklungsplan: »Als langfristige Maßnahmen für die Heegermühler Straße, die mit der Inbetriebnahme der B 167n umgesetzt werden können, wurden die Reduzierung der Fahr-

bahn und daraus resultierend die Möglichkeit zur Anlage von beidseitigen Geh- und Radwegen empfohlen.«

Damit folgt die aktuelle Beschlußlage der Stadtverordneten den Argumenten der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«. In der Begründung zu ihrem Bürgerbegehren hatte die Bürgerinitiative ausdrücklich darauf verwiesen, daß die sogenannten Radschutzstreifen markiert wurden, ohne daß die Voraussetzungen des Verkehrsentwicklungsplans von 2008 vorliegen. Zugleich hatte die Initiative die Verletzung der Beteiligungsrechte der Stadtverordneten und der Einwohnerschaft kritisiert.

Vollsperrung ohne Bauarbeiten

»Was sich diese Baudezernentin leistet, ist unverantwortlich«



Auch dreieinhalb Wochen nach der Vollsperrung der Heidestraße war die Fahrbahn noch immer vollständig intakt. Lediglich neben der alten Fahrbahn war der Boden aufgewühlt worden.

Eberswalde (bbp). In der Heinrich-Heine-Straße soll eine sogenannte Querungshilfe für die künftigen Bewohner des neuen Baugebiets auf dem Gelände des einstigen Hauses der Offiziere gebaut werden. Bereits seit dem 10. September war der Straßenabschnitt voll für den Verkehr gesperrt. Zunächst sollte das Gelände »grob profiliert« werden, bevor ab dem 17. September Versorgungsleitungen verlegt werden sollten. Ab dem 24. September, so die Ankündigung, sollte der Bau der Querungshilfe selbst beginnen. Die Arbeiten und damit die Vollsperrung sollten bis 19. Oktober andauern.

Bereits im September nutzte der Stadtverordnete FRANK BANASKIEWICZ die Fragestunde im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU), um seine Verwunderung zu äußern, wieso die Sperrung nicht erst ab dem 17. September erfolgte. »Umfangreiche Leitungsumverlegungsarbeiten« nannte Tiefbauamtsleiterin Heike Köhler als Grund. Dann werde »eine Mittelinsel eingebaut, es erfolgt eine Straßenverbreiterung, es werden Borde gesetzt, Pflasterarbei-

ten ausgeführt und zum Schluß müssen die beiden links und rechts von der Mittelinsel vorbeiführenden Fahrspuren asphaltiert werden.«

Allerdings war von all dem auch Anfang Oktober noch nichts zu sehen. Lediglich am Rand der Straße waren einige Kabel freigelegt worden. Ohne Grund waren drei Wochen Vollsperrung ins Land gegangen, die auf den übrigen Straßen in Eberswalde für stark erhöhtes Verkehrsaufkommen und in der Breiten Straße faktisch für Dauerstau sorgte.

Bei vielen Pendlern, die die kleine Innenstadtumgehung über die Heinrich-Heine-Straße für ihren täglichen Arbeitsweg nutzen, stieß die lange Sperrung von Anfang an auf wenig Verständnis. »So eine Querungshilfe wird anderenorts innerhalb von zwei Tagen eingebaut und das bei nur halbseitiger Sperrung«, schimpfte beispielsweise Hans-Ulrich P., der als Finower in Breydin arbeitet und nun früh und abends jeweils fast eine halbe Stunde mehr Zeit einplanen muß. »Was sich diese Baudezernentin leistet«, so Herr P. weiter, »ist unverantwortlich.«

Keine Radstreifen mehr

Eberswalde (bbp). Nach der Markierung des umstrittenen Radstreifens in der Heegermühler Straße sind auf Veranlassung der Stadtverwaltung auf den Eberswalder Straßen diverse weitere sogenannte Radschutzstreifen markiert worden. Darunter mehrere an vielbefahrenen und wegen der Enge sehr gefährlichen Straßenabschnitten wie direkt vor dem Rathaus. FRANK BANASKIEWICZ von der Bürgerfraktion Eberswalde (BFE) fragte jüngst im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) nach, ob weitere Markierungen für Radfahrwege in Eberswalde vorgesehen sind. Er bat um eine Vorabinformation und um eine zeitweilige Aussetzung der Markierungsarbeiten, damit vorab eine Abstimmung in den Fraktionen erfolgen kann. Baudezernentin ANNE FELLNER antwortete, daß derzeit keine weiteren Markierungen für Radverkehrsstreifen in der Stadt in Planung sind.

Ländlicher Wohnungsbau

Die Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler Barnim hat im Kreistag einen Antrag zur Schaffung eines Fördertopfes für ländlichen Wohnungsbau eingereicht. Demnach sollte die Kreisverwaltung die Möglichkeit zur Entwicklung einer sozialen, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau- bzw. Vermietungsgesellschaft prüfen. Hierbei sind verschiedene Rechtsformen von der Baugenossenschaft bis hin zur gemeinsamen kommunalen Anstalt zu beleuchten. Hintergrund des Antrages zu einer möglichen neuen kommunalen, kreislichen Wohnungsbau- und Vermietungsgesellschaft für finanziell schwächer gestellte Einwohner ist die sukzessive Abnahme bestehender Mietpreisbindungen und Wohnungsbelegungsrechte auch im ländlichen Raum und eine steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum im unteren Preissegment. Aus Sicht von BVB/Freie Wähler ist angemessenes Wohnen ein Grundrecht, welches jedem Bürger unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten zusteht.

Schon heute ist im berlinnahen Raum der massive Druck auf den Wohnungsmarkt im Barnim spürbar. Dieser muß dabei nicht nur die Nachfrage aus Berlin auffangen, sondern auch bereits eine einsetzende Verdrängung von Süd- nach Nord-Barnim. Wohnraum für große Familien, für Ältere und Menschen mit körperlichen Handicaps wird im Barnim zusehends knapp. Auch hier ist es geboten, durch einen neuen Wohnungsbau im ländlichen Barnim günstig dezentral für Ausgleich zu sorgen. Einhergehend damit tritt eine Stärkung des ländlichen Barnims ein, der zudem zum sozialen Frieden beiträgt. Unsere jungen wie auch älteren Menschen werden so nicht gezwungen, ihre Heimatorte zu verlassen, etwa weil sie keinen geeigneten bezahlbaren Wohnraum finden. Ziel ist des Antrages war somit der Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbestandes.

SVEN WELLER 3

Beginn im Oktober

Eberswalde (bbp). Der Umbau der Eberswalder Straße in Höhe der ehemaligen Chemischen Fabrik soll laut Auskunft des Landesbetriebs Straßenwesen im Oktober 2018 beginnen. Dies teilte Baudezernentin ANNE FELLNER auf Anfrage des Stadtverordneten OTTO BAAZ mit. Im Zuge der Bauarbeiten sollen auf beiden Seiten separate Radwege entstehen. Um dies zu ermöglichen wird die derzeitige dreistreifige Verkehrsführung auf zwei Fahrspuren reduziert. Die schmalere Fahrbahn ermöglicht es zudem, daß ein komfortabler Grünstreifen angelegt wird.

Lust auf Kommunalpolitik

Unter dem Motto »Kommunalpolitik mitgestalten« lud die Stadtfraktion DIE LINKEN Bernau Interessierte ein, mit ihr gemeinsam einen Blick auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zu werfen.

Dr. Dagmar Enkelmann, die Fraktionsvorsitzende, warb für linke Kommunalpolitik. Das Soziale habe bei den LINKEN immer Priorität. Schulsozialarbeiter und kostenfreie Milch und Obst für alle Bernauer Grundschüler seien Ergebnisse dieser Prioritätensetzung. »Wir werden das soziale Gefüge in der Stadt weiter ausbalancieren«, so Dagmar Enkelmann. Dazu gehöre auch der Weiterbau bezahlbarer Sozialwohnungen bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Vorrang bei den LINKEN genieße außerdem die Förderung der Vereine, die ehrenamtlich zur kulturellen, sozialen und sportlichen Vielfalt in Bernau beitragen.

Auch die Einwohnerbeteiligungssatzung, nach der unter dem linken Bürgermeister André Stahl regelmäßig öffentliche Bürgerversammlungen in Stadt- und Ortsteilen und Anhörungen stattfinden, sowie den Bürgerhaushalt hat die linke Fraktion auf den Weg gebracht. Die Linksfraktion stellte ihre Bilanz der letzten Jahren vier Jahren vor und informierte die Neulinge unter den Interessenten darüber, was ein ehrenamtliches kommunalpolitisches Mandat bedeutet.

Dominik Rabe als Stadtverordneter und Irene Koeppel als sachkundige Einwohnerin, die Jüngsten in der Fraktion, schilderten ihren Weg in die Kommunalpolitik. Beide betonten, daß es auch für junge Leute durchaus spannend sei, an Debatten über die Entwicklung der Stadt mitzuwirken und kommunale Entscheidungen mitzutragen.

Ideen und Anregungen der Gäste z. B. für eine bessere Personalausstattung an Schulhorsten, bessere Bildungsarbeit in Jugendklubs und zur Verkehrsberuhigung in der Bernauer Innenstadt wurden diskutiert und von den Stadtverordneten auf ihre Liste genommen. Wer Lust auf soziale Kommunalpolitik für Bernau hat, kann sich im Bürgerbüro der LINKEN in Bernau, Berliner Str. 17, jeweils dienstags und donnerstags von 9 bis 17 Uhr informieren.

MARGOT ZIEMANN

Mehr Geld in der Stadtkasse

Eberswalde (bbp). Am 31. August des Jahres verfügte die Stadt Eberswalde über liquide Mittel in Höhe von fast 61 Millionen Euro. Das sind über 5 Millionen Euro mehr als zum Jahresende 2017.

Dies ist nicht zuletzt auf Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zurückzuführen. Hier rechnet der Stadtkämmerer Sven Siebert auf das Gesamtjahr gerechnet mit Mehreinnahmen von 1,1 Millionen Euro. Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen bringen voraussichtlich 2,5 Millionen Euro mehr ein. Etwa 1 Million Euro Mehreinnahmen stammen aus den über dem Plan liegenden Verkaufserlösen von Grundstücken, insbesondere im Baugebiet Ostender Höhen. Gute Erfüllungsquoten weisen auch die Einnahmen aus der Grund- und der Gewerbesteuer auf. Eine weitere Ursache der erweiterten Li-

quidität sind Minderausgaben für Hochbau- und sonstige Baumaßnahmen, die allerdings durch Mehrausgaben für Tiefbaumaßnahmen reduziert werden, die als Verpflichtungsermächtigungen und überplanmäßige Haushaltsmittel der Vorjahre ins Haushaltsjahr 2018 übernommen wurden, also nicht im Haushaltsplan für 2018 enthalten sind.

Forderungen und Verbindlichkeiten (darunter etwa 6 Millionen Euro langfristige Kredite) halten sich in etwa die Waage. Für künftige Verpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe von rund 32 Millionen Euro im Haushalt eingestellt, davon 24 Millionen Euro Pensionsrückstellungen für die Beamten der Stadt. Die »zur Sicherung der Haushaltsführung« zur Verfügung stehenden liquiden Mittel betragen demnach, wie die Übersicht des Kämmers ausweist, 29,3 Millionen Euro.

Jahresabschluß 2016 erst im März 2019

Eberswalde (bbp). Der sachkundige Einwohner im Eberswalder Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) Dr. Uwe Fischer fragte in der Ausschußsitzung am 13. September nach, wann die Jahresabschlüsse der Stadt für die Jahre 2016 und 2017 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. »Eine Behandlung und Bewertung des kommenden Haushaltsplanes für 2019«, so Dr. Fischer, »kann nur auf der Grundlage des Abschlusses 2016 erfolgen und dann im Januar 2019 für den Haushalt 2019 in Kenntnis der Ergebnisse und des Jahresabschlusses von 2017 gemäß Kommunalverfassung entschei-

den werden«. Stadtkämmerer Sven Siebert informierte in seiner Antwort, daß die Verwaltung plane, den Jahresabschluß 2016 im März 2019 zum Beschließen vorzulegen. »Ergebnisse, die sich aus den vorläufigen Arbeiten zum Jahresabschluß 2017 ergeben«, sagte Siebert, »konnten in die Haushaltsplanung 2019 einfließen«. Der Entwurf für die Haushaltssatzung 2019 wurde am 18. September an die Stadtverordneten versendet. Dr. Fischer nutzte die Ausschußsitzung, um nochmals daran zu erinnern, »daß die gesetzlichen Vorgaben zu den Abgabeterminen von Jahresabschlüssen eingehalten werden müssen«.

Eberswalde tritt Lobbyvereinen bei

Eberswalde (bbp). Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. September hatte die Eberswalder Stadtverwaltung gleich fünf Beschlußvorlagen vorgelegt, bei denen es um den Beitritt in verschiedene Lobbyvereine ging. Jeweils zum 1. Januar 2019. Neben dem Beitritt zum Deutschen Städtetag – dem die

Stadt bisher nicht angehörte – ging es um Mitgliedschaften im Waldbesitzerverband Brandenburg e.V., in der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement in Köln, im Touristischen Netzwerk Industriekultur in Brandenburg sowie im Integrationsnetzwerk Barnim.

»Begrüßungsgeld« nun auch für Lehrlinge

Eberswalde (bbp). Im Mai 2003 hatten die Eberswalder Stadtverordneten beschlossen, für Studierende der Fachhochschule Eberswalde, die heute den Namen »Hochschule für nachhaltige Entwicklung« trägt, ein Begrüßungsgeld zu zahlen, wenn die Studierenden ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Eberswalde anmelden. Dieses Begrüßungsgeld beläuft sich aktuell auf 80 Euro im ersten und auf 50 Euro für jedes weitere Semester. 2017 hatten insgesamt 1186 Studierende dieses Begrüßungsgeld in Anspruch genommen. Eine leichte Steigerung ge-

genüber den Vorjahren. Angesichts des in den vergangenen zehn Jahren von 192,50 Euro auf 267 Euro gestiegenen Semesterbeitrags und der allgemeinen Inflationsrate hatte die Stadtverwaltung eine Erhöhung des Begrüßungsgeldes auf 100 Euro im ersten und 70 Euro für jedes weitere Semester vorgeschlagen. Auf Initiative der CDU-Fraktion werden künftig auch Auszubildende in den Genuß des Begrüßungsgeldes kommen, sofern sie ihren Hauptwohnsitz nach Eberswalde verlegen.

Ausgenommen von dieser Förderung sind Studierende und Auszubildende, die im Zeitraum von 18 bis 3 Monaten vor Aufnahme des Studiums bzw. der Ausbildung ihren Hauptwohnsitz in Eberswalde hatten.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

Zweite Lesung für Ortsteilvertretungen

Führen Verzögerungen erneut zum Scheitern der Einführung von Ortsbeiräten?

Eberswalde (bbp). Die den Stadtverordneten ursprünglich zum 27. September zur Entscheidung vorgelegte Beschlussvorlage zur »Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde« geht in die zweite Runde. Der Beratungsmarathon für die Vorlage der Fraktionen DIE SPD und Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde (vormals Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) zur Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde (BBP 9/2018) begann Anfang September im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt. Baudezernentin ANNE FELLNER erkannte durchaus Vorzüge, die mit der Umsetzung einhergehen würden, machte aber zugleich Bedenken deutlich, wegen der »zu erwartenden Auswirkungen und Konsequenzen für die Verwaltung, die Stadtverordneten und neuen Ortsbeiräte«. Die Baudezernentin erklärte, daß »ein geklärtes Rollenverständnis gefordert wird«. Sie empfahl, die entsprechenden Vorschriften der Kommunalverfassung (§§ 46 bis 48) genau zu prüfen und »weitaus mehr Zeit für Überlegungen und Diskussionen einzuräumen«.

Vor der Hauptausschußsitzung am 20. September hatte der Bürgermeister die Fraktionsvorsitzenden eingeladen, um »gemeinsam ins

Gespräch zu kommen, wie sie sich die weitere Vorgehensweise und die Entscheidungsprozesse vorstellen«. Die Vorstellungen der Verwaltung wurden als Präsentation im Internet hinterlegt (https://sessionnet.eberswalde.de/sessionnet/bi/si0050.php?_ksinr=950). Die Einreicherfraktionen folgten nach der Fraktionsvorsitzendensitzung des Bürgermeisters den Ambitionen der Verwaltung und erklärten sich mit einer Vertagung der Entscheidung einverstanden.

Gingen die Bauausschußmitglieder noch von einer 2. Lesung im Oktober aus, wurde nach dem Briefing der Fraktionsvorsitzenden vor der Hauptausschußsitzung am 20. September klar, daß es eine zweite Lesung frühestens im November geben wird. Damit könnte, wie schon vor fünf Jahren, eine Entscheidung für die Wahl von Ortsbeiräten in den städtischen Ortsteilen erneut scheitern. In der Finanzausschußsitzung am 13. September wies der amtierende Verwaltungsdezernent STEFAN MÜLLER ausdrücklich darauf hin, daß »gesetzliche Fristen aus dem Kommunalwahlgesetz den Zeitrahmen für die Beschlussfassungen vorgeben«. Aus diesem Grund müsse »spätestens in der Dezembersitzung ein Beschluß über die Anpassung der Hauptsatzung gefaßt werden«.

Verkehrsberuhigung im Kupferhammerweg

Mehr Verkehr wegen Verstopfung der Heegermühler Straße

Eberswalde (bbp). Die Einwohnerfragestunde des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) im September nutzten mehrere Einwohner, um auf die Gefahren durch das gestiegene Verkehrsaufkommen im Kupferhammerweg aufmerksam zu machen und sichere Wege für die Kinder der dortigen Kinder- und Jugendakademie zu fordern. Eine private Zählung habe 600 Kraftfahrzeuge pro Stunde ergeben, was an die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser 6 Meter breiten Straße gehe. Die Verkehrsbelastung hat sich insbesondere erhöht, seit in der Heegermühler Straße nur noch eine Fahrspur je Richtung zur Verfügung steht.

Bereits im Juni hatten Anwohner per Unterschriftenliste ein Durchfahrtsverbot für LKW, den Rückbau von Fahrbahneinengungen, Schutzstreifen für Radfahrer, Zebrastreifen in Höhe der Kupferhammer Schleuse sowie die durchgängige Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h gefordert.

Tiefbauamtsleiterin Heike Köhler informierte, daß die Fahrbahneinengungen vor und hinter dem Schulgrundstück auch als Querungshilfe zur Kupferhammer Schleuse diene. Die meisten der geforderten Einschränkungen seien nicht möglich, weil der Kupferhammerweg laut Verkehrsentwicklungsplan als Sammelstraße gewidmet ist. Die Straße wurde 2008 mit Fördermitteln ausgebaut. Zu den Förderbedingungen gehört, daß der Kupferhammerweg

zur Entlastung der Heegermühler Straße dient und den Hauptverkehr in Richtung der Gewerbegebiete am Oder-Havel-Kanal, dem Binnenhafen und nach Britz aufnimmt. Es sei eine »verkehrswichtige innerörtliche Verbindungsstraße mit LKW-Verkehr«, so die Amtsleiterin. Somit sei außer an Kurven und im Schulbereich 50 km/h die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit. Zumindest innerhalb der fünfzehnjährigen Fördermittelbindung, die 2024 endet.

Möglich sei eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h ab der Kita-Einfahrt (hinter der ehemaligen Feuerwehr) bis zur Boldtstraße, weil die Straßenbreite von 6 Metern für den Begegnungsfall LKW/LKW kritisch sei. Die Einhaltung der Geschwindigkeit könne vom Ordnungsamt streng kontrolliert werden. Bei Nichteinhaltung könnten zusätzliche Fahrbahneinengungen veranlaßt werden, so daß dann die Engstellen nur noch 3,60 Metern breit sind (aktuell 4,75 m). Die Kosten betragen zweimal 5.000 Euro. Wie Baudezernentin Anne Fellner ergänzte, müssen dafür aber zusätzliche Finanzmittel beantragt werden. Eine Realisierung sei nur langfristig möglich.

Nicht möglich sind ein Verbot von LKW (Verkehrsentwicklungsplan und Fördermittelbescheid), ein Zebrastreifen (Kurvenbereich) und Radfahrerschutzstreifen (zu geringe Fahrbahnbreite und bei 30 km/h auch nicht mehr notwendig).

Finowkanal ohne Förderung

In besonderer Verantwortungslosigkeit übte sich die Regierungskoalition kürzlich im Landtag beim Thema Schleusenrettung am Finowkanal. Der Antrag von BVB/Freie Wähler auf finanzielle Unterstützung seitens des Landes gegenüber den Kommunen wurde abgelehnt.

Der Landtagsabgeordnete Péter Vida wies darauf hin, daß neben der fünfzigprozentigen Investitionskostenbeteiligung des Bundes die Kommunen bereit sind, weitgehende Eigenleistungen zu erbringen. Aber das gesamte Investitionsvolumen von zirka 50 Millionen Euro nebst jährlichen Betriebskosten von knapp einer Million wird nur zu stemmen sein, wenn auch das Land mithilft.



Motorboote könnten nach Schließung der Schleusen den Finowkanal nicht mehr befahren.

Angesichts des viel beschworenen Bekenntnisses des Landes Brandenburg, den Wassertourismus zu fördern, besteht ein gesteigertes Eigeninteresse, alles für den Erhalt der Schleusen zu tun. Es bringt nichts, mit dem Finger auf Bund oder Kommunen zu zeigen – das Land sollte sich lieber an einer Lösung beteiligen.

Der Antrag sah daher vor, daß das Land die Gesprächspartner wieder an einen Tisch bringt und durch eigene Förder- und/oder Darlehensprogramme Möglichkeiten entwickelt, den kommunalen Eigenanteil zu senken. Wichtig ist dabei vor allem, eine Deckelung der zukünftigen Betriebskosten zu erreichen.

Leider zeigten SPD und Linke kein Einsehen: Es gäbe auch andere Schleusen mit Reparaturbedarf und im übrigen sei ausschließlich der Bund in der Pflicht. Die Landtagsabgeordneten von Rot-Rot räumten aber immerhin ein, daß eine Stilllegung der Schleusen einen massiven Abbruch für den Tourismus in Nord-Brandenburg bedeuten würde.

In einem zweiten Redebeitrag wies Péter Vida darauf hin, daß das weiterhin vorliegende Gesprächsangebot des Bundes nicht leichtfertig ausgeschlagen werden sollte. Die Mitgliedsgemeinden der KAG Region Finowkanal dürfen nicht allein gelassen werden.

Die Barnimer Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition haben sich nicht an der Debatte beteiligt, der Antrag wurde abgelehnt. BVB/Freie Wähler wird nun im Kreistag Barnim auf eine Resolution hinwirken, um das Land zum Handeln aufzufordern. Der entsprechende Antrag ist bereits eingereicht.

Hier läuft was schief | Überprüfung des Lärmaktionsplanes

In der Gemeindevertreterversammlung Ahrensfelde am 17. September wurde den Sitzungsteilnehmern ein Beschlusantrag zur Erhöhung der Zuwendungen zur Erweiterung des Sportplatzes Ahrensfelde zur Abstimmung vorgelegt. Der Stand bis dahin: Die Erweiterung (Kunststrasenplatz plus 400 m Tartanbahn mit Sprintstrecken von 100 m) war mit Kosten von einer Million Euro geplant, davon ein Gemeindeanteil von 500.000 Euro. Nun plötzlich soll sich der Gemeindeanteil um 260.000 Euro erhöhen. Finanz-Angelegenheiten in dem Umfang wären laut Geschäftsordnung grundsätzlich vorab im Finanzausschuß zu behandeln. Das ist hier willkürlich seitens des Bürgermeisters und des Vorsitzenden der Gemeindevertretung nicht erfolgt.

Christina Emmrich von der Linksfraktion machte ihre Ablehnung deutlich. Sie schlug vor, bei der Erweiterung des Sportplatzes auf die Laufbahn mit den Sprintstrecken zu verzichten, da der Verein über keine Abteilung Leichtathletik verfügt und die finanzielle Lage der Gemeinde mit dem Vorhaben Schulneubau sehr angespannt sei. Ich schloß mich diesem Vorschlag an. Bürgermeister Wilfried Gehrke warb wie zu erwarten für eine Zustimmung.

Ich meine, schlechten Gewissens. Warum? Ich hatte deutlich gemacht, daß er im letzten Finanzausschuß die finanzielle Lage der Gemeinde so dargestellt hatte, daß geplante Investitionen mit Blick auf die finanzielle Belastung des nahenden Schulneubaus verschoben bzw. gestrichen werden mußten. Als Beispiel führte er die Verschiebung des 2019 geplanten Sozialtraktbaus für die Feuerwehr im Mehrower Gemeindezentrum in das Jahr 2022/23 an. Widersprüchlicher kann man kaum auftreten! Plötzlich sind 260.000 Euro für ihn kein Problem!

Als ich ihn nach der mehrheitlichen Zustimmung zum Antrag fragte, aus welchem Topf die zusätzlichen 260.000 Euro kommen sollen, war er sprachlos, wie auch sein Kämmerer. Das war der Vorlage nicht zu entnehmen. Die Mehrheit der Gemeindevertreter hatte trotzdem zugestimmt. Es gab 3 Gegenstimmen (Emmrich, Petra Wollermann, Unger) und 3 Enthaltungen (Herzog, Wolf, Adler). Kurios: Der Mehrower Ortsvorsteher Bernhard Wollermann – Mehrow ist von der Streichliste betroffen – äußerte sich dazu nicht, stimmte aber zu.

Wir investieren mit aktuellem Stand in die Erweiterung der Sportanlagen Ahrensfelde und Blumberg zwei Millionen Euro aus der Gemeindekasse. Ich bin sicher, bei beiden Vorhaben ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Wir werden weiter ungeplante finanzielle Mittel zuschießen müssen. Woher nehmen? Sicher wieder aus dem Verzicht dringend notwendiger Investitionen in anderen gemeinwohlorientierten Bereichen, durch Streichung von geplanten Vorhaben bzw. aus der Verschiebung geplanter Investitionen. Das werde ich auch zukünftig nicht mittragen.

Dr. WOLFGANG UNGER

Eberswalde (prest-ew/bbp). Der Lärmaktionsplan der Stadt Eberswalde wird derzeit überarbeitet. Dazu werden alle Straßen mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 8.000 Fahrzeugen pro Tag beziehungsweise 3 Millionen Fahrzeugen pro Jahr betrachtet.

Die Überprüfung bestehender Lärmaktionspläne hat alle 5 Jahre nach dem Zeitpunkt ihrer Aufstellung zu erfolgen. »Damit entsprechen wir den gesetzlichen Vorgaben«, erläutert die Leiterin des Stadtentwicklungsamtes, Silke Leuschner. Im Rahmen des Eberswalder »Mobilitätsplanes 2030+«, welcher unter der Beteiligung der EU und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erarbeitet wird, ist eine Überprüfung und Neuaufstellung des Lärmaktionsplanes als ein Baustein vorgesehen. Im Vorfeld ist auf Grundlage der durch das Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Daten eine Berichterstattung notwendig. »Es wird geprüft, ob es Veränderungen bei der Zahl der betroffenen Personen gibt, ob sich Verkehrsströme verschoben haben und ob neue Lärmquellen entstanden sind. Des Weiteren wird geprüft, ob die bisher durchgeführten oder geplanten Maßnahmen

zur Lärminderung ausreichend sind«, erläutert Silke Leuschner.

In die entsprechenden Unterlagen konnten die Einwohner drei Wochen lang bis zum 10. Oktober im Stadtentwicklungsamt Einsicht nehmen. Während des Auslegungszeitraumes konnten von Jedermann Anregungen zur Lärmaktionsplanung vorgebracht werden.

Tag der offenen Tür bei der Volkssolidarität

Mittwoch, 24. Oktober, von 11 bis 16 Uhr
Haus am Richterplatz (Mauerstraße 17, Ebw.).
Buntes Programmangebot (Fritz Derkow mit zeitlosen Evergreens, die Veeh-Harfen, der VS-Chor und die Eberswalder Geschichte(n)schreiber, Glücksrad, Kreativ- und Trödelmarkt, Bücherbasar), Infos und Beratung zu Ehrenamt, Pflege, Gesundheitssport und kulinarische Vielfalt garantieren abwechslungsreiche Stunden. Hauseigene Mittags- und Kuchenangebote gibt es ab 12.00 Uhr. **ANDREA HÖHNE**

Kommunales Kino im Heidekrug Joachimsthal:

»Wind River« (USA 2018, FSK 16), 19. Oktober.
»Das schweigende Klassenzimmer« (D 2018),
26. Oktober, jeweils 19.30 Uhr. Eintritt 6 Euro.
GISBERT AMM
Kulturhaus Heidekrug 2.0 eV · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal

Bl gegen den Ausbau der B167neu:

Vor der Kommunalwahl

Eberswalde (bbp). Oskar Dietterle von der BÜRGERINITIATIVE GEGEN DEN AUSBAU DER B167NEU hat für den 16. Oktober, um 18 Uhr, zu einer Versammlung in die Feuerwache der Clara-Zetkin-Siedlung eingeladen. Sven Weller von den Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler hatte dies angeregt. Als Zusammenschluß verschiedener Bürgerinitiativen im ganzen Land Brandenburg sind BVB/Freie Wähler nicht nur in Gemeinde- und Kreisparlamenten vertreten, sondern auch im Landtag Brandenburg.

»In Vorbereitung auf die anstehenden Wahlen«, so Dietterle, »ist es das Ziel der BVB/Freien Wähler, mehr Bürger für ihre Politik zu gewinnen und so ihren Einfluß zu vergrößern. Aus diesem Grund möchten die Vertreter dieser Partei, zu denen auch Herr Madeja gehört, Möglichkeiten für eine Kooperation zwischen unseren beiden Organisationen ausloten.« Mit der Veranstaltung bietet sich die Gelegenheit, »die Vorstellungen und Ziele der BVB/Freie Wähler näher kennenzulernen und mit ihren Vertretern über eine Zusammenarbeit zu diskutieren«.

Eine feste Tagesordnung sei nicht vereinbart worden. Der Vertreter der Bürgerinitiative geht aber davon aus, daß Sven Weller, Johannes Madeja und die weiteren Vertreter von BVB/Freie Wähler die Gelegenheit nutzen werden, um sich und ihre Partei näher bekannt zu machen und ihre bisherigen Aktivitäten insbesondere auch in der Gemeinde Schorfheide und darüber hinaus zu erläutern. Oskar Dietterle hofft auf eine lebhaftige Diskussion.

Flegelhafte Autofahrer

Wenn man als Fußgänger die Einfahrt zum Westendcenter benutzt, was oft nicht zu vermeiden ist, ist man seines Lebens nicht mehr sicher. Gestandene Autofahrer mutieren zu rüpelhaften Jugendlichen und fahren dicht von hinten auf den zum Eingang strebenden Passanten auf und nötigen ihn, beiseite zu gehen – oft mit unflätigen Bemerkungen oder verächtlichen Blicken. Dabei hat jeder vor dem Eingang zum Verbrauchermarkt die gleichen Rechte. Das ist schließlich keine öffentliche Straße. Verläßt man das Gelände, ist es um keinen Deut besser. Die Autos versuchen ungeuldigt, sich günstig vor der Ampelausfahrt einzurufen. Dabei stören die Fußgänger nur. Der Verkehrs- und Kundenstrom am Westendcenter ist derartig konflikthaft gestaltet worden, daß es kein Wunder ist, wenn sich hier die Unfallzahlen häufen. Hier muß eigentlich die Devisen lauten: der Stärkere gibt nach!

J.G.

Ausstellung in der Bibliothek

Eberswalde (prest-ew). Eine Ausstellung der Sternfreunde Eberswalde ist noch bis zum 30. November in der Stadtbibliothek Eberswalde (Puschkinstr. 13) zu besichtigen. Durch Fotografien und Vorträge soll interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Schönheit des Sternhimmels näher gebracht werden. Der Verein Sternfreunde Eberswalde e.V. mit Hobby-Astronomen aus Eberswalde und Umgebung betreibt einen Beobachtungsplatz im Familiengarten Eberswalde und eine kleine Sternwarte auf dem Dach der Carl-Sellheim-Schule.

»Kurze« Nachlese zum Weltfriedenstag **Krieg oder Frieden**

Wie jeden Sonnabend, gab es auch am 1. September 2018 pünktlich um 10.30 Uhr im Zentrum der Stadt einen kulturellen Morgenruß für alle Frühaufsteher, organisiert vom Team GUTEN MORGEN EBERSWALDE. Das klingt für manche Leser vielleicht nicht sehr aufregend, aber eine niveauvolle Veranstaltung zu organisieren, gelingt nur mit einem gut funktionierendem Team. Das haben sie voll drauf, die Leute um Udo Muszynski. Das geht los mit dem Aufbau der Bühne und der Sitzgelegenheiten für die Gäste. Dann schlägt die Stunde des Tonmeisters Tim Altrichter. Die Mikrofonierung für Sologesang, Cello, Gitarre, Redner und Chorgesang ohne Rückkopplungen und Störgeräusche einzurichten, ist eine kleine Wissenschaft, die er perfekt beherrscht.

Die Moderation übernahm diesmal Till Kirchner. Sehr gut vorbereitet führte er mit kleinen Wortbeiträgen durch das Programm, das gemeinsam mit dem Eberswalder Friedensbündnis zusammengestellt wurde. Bereits die Planung und die rechtzeitige Ankündigung einer Veranstaltung ist mit Kopfarbeit und zeitlichem Aufwand verbunden. Ob es die Gestaltung des »Guten Morgen Eberswalde-Flyers« für den jeweiligen Monat ist, oder die Textausarbeitung für Zeitungsinserate, Kulturkalender, Fernsehen (ODF), oder Internet, da steckt richtig viel Arbeit drin. Nicht zu vergessen die Korrespondenz mit den teilnehmenden Künstlern. Tja, da staunt der Laie! Für die Arbeitsleistung und die gute Zusammenarbeit kann man sich als Bündnispartner einfach nur bedanken. Die musikalischen Beiträge von MERLE WEIBBACH, der Musiklehrerin mit ihren Schülern der Klasse 4b aus Britz, sowie des IWUSCHKA Chores wurden mit viel Beifall honoriert. Aus meiner Sicht war es eine gelungene Veranstaltung. Es hat Spaß gemacht Leute! DANKE!

Was ich persönlich nicht so prickelnd fand waren die ellenlangen Redebeiträge. Ausgenommen die Rede des Bürgermeisters. FRIEDHELM BOGINSKI sprach mit wenigen Worten sehr überzeugend ohne jeglichen Schnörkel ein paar grundlegende Probleme an und er betonte, daß er glücklicherweise nicht dieses Haß-Gen besitzt welches leider zu viele Menschen in sich tragen. Das macht ihn mir sympathisch. ALBRECHT TRILLER und MARTIN APPEL sollten sich, wie zuvor besprochen, kurzfassen. Der Inhalt ihrer Reden wurde im Vorfeld nicht besprochen. Sie bekamen sozusagen einen Vertrauensvorschuß. Herr Appel, angekündigt als Sprecher für **die Christen**, was ich bezweifle, hat dieses Vertrauen mißbraucht. Die Hälfte seiner langen Rede hatte nichts mit dem Weltfrieden zu tun. Er sprach über innenpolitische Probleme der DDR bzw. über Fehlentscheidungen einzelner Funktionäre, über den Staat den es seit 28 Jahren nicht mehr gibt. Er sprach abwertend über Handlungen in der DDR bei denen es jedoch keine Schwerverletzten und



Bürgermeister Friedhelm Boginski sprach mit wenigen Worten sehr überzeugend ohne jeglichen Schnörkel ein paar grundlegende Probleme an.

ermordeten Demonstranten gab wie bei Unruhen in der damaligen BRD. Er vergaß auch zu erwähnen, daß es zu DDR-Zeiten keine Kriegseinsätze gab und daß die DDR, nicht die BRD, weltweit Anerkennung für ihre praktizierte Friedenspolitik bekam. Das Thema DDR (sorry Anonymos*) wird doch gewöhnlich erst im Oktober so richtig mit Füßen getreten.

Herr Appel, es gibt jede Menge aktuelle Beispiele die angeprangert werden sollten. Die Bundeswehrmacht z.B. wirbt mit offizieller Genehmigung an Schulen für Nachschub. Sie ködern die verspielten Cyberkrieger, holen sie weg von ihren Playstation-Ballerspielen und lotsen sie in die reale Welt der echten Krieger. WARUM wird das verbrecherische Handeln der BRD-Regierenden kaum erwähnt? Meine Herren, Kuschelkursreden, Haßpredigten, verschweigen, wünschen, hoffen und Träume sind nicht hilfreich **im Kampf** für eine bessere Welt. Es ist leider kein Nachtreffen geplant, um solche Dinge im Friedensbündnis zu besprechen.

Abschließend bleibt noch zu erwähnen: Die Unterschriftensammlung war gemessen an der Zahl der Besucher erfolgreich, die ausgelegten RotFuchs-Zeitschriften fanden reges Interesse, eine Spendenkasse (ein kleines rotes Schweinchen) ebenso, es ist spurlos verschwunden seitdem – grunz, ja und es gab im Friedensbündnis leider keinen personellen Zuwachs aus den Reihen der Besucher. Veranstalter wünschen sich ja immer reges Interesse für das, was sie tun. Man möchte viele Menschen erreichen, sie bespaßen, oder aufrütteln. Verglichen mit Veranstaltungen die von der Stadtverwaltung ausgerichtet werden, wenn z. B. Sopranistin und Tenor mit ihren Kunstgesängen hunderte Menschen auf den Eberswalder Marktplatz locken, schneidet das Interesse für notwendige, politische Friedensaktionen weiterhin kläglich ab. Es ist anzunehmen, daß viele Bürger der Meinung sind, die Kriegsschauplätze sind weit entfernt, wir haben hier unseren Frieden. Uns wird schon nichts passieren. So verhielt sich das verblendete, deutsche Volk vor Beginn des 2. Weltkrieges. **Ich kann nur raten AUFWACHEN Leute und dann AUFSTEHEN !**

ECKHARD LAURICH

* vgl. BBP 11/2017

Frieden ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Am Krieg sind nur die Bonzen der Rüstungsindustrie und die von ihnen bezahlten Kriegstreiber interessiert. Sie wollen Waffen verkaufen und damit riesige Gewinne einfahren. Leider gibt es immer noch Regierungen, die sie beim Verkauf des totbringenden Materials unterstützen.

Meine Heimatstadt Breslau (heute Wroclaw) wurde am Ende des zweiten Weltkriegs zur Festung erklärt. Die Kinos und Theater wurden mit Lebensmitteln gefüllt – bis unter die Decke, z.B. mit getrocknetem Fisch. Sie wollten sich bis Oktober 1945 halten.

Tatsächlich ergab sich die seit Februar eingeschlossene Stadt am 6. Mai 1945, aber erst am 11. Mai fiel der letzte Schuß. Die Stadt wurde zu 80% in Schutt und Asche gelegt. Mindestens 20.000 der 200.000 Zivilisten, die in der Stadt geblieben waren, starben.

Ein Glück, daß meine Mutter mit uns im Januar 45 die Stadt verließ. Bis Sagan/Neu Waldau. Als wir Ende Mai wieder zurück nach Breslau kamen, hörten wir von Bekannten, daß anglo-amerikanische Flugzeuge die geflüchteten alten Leute, die an der Oder in Decken eingehüllt waren, mit Maschinengewehren totschossen. Die Oder färbte sich rot. Die Menschen, die sich in die Keller retten wollten, waren nicht so geschützt, wie sie dachten. Volkssturm- und andere Leute waren durch die Preßluftbomben, die über der Stadt niedergegangen waren, sofort tot und saßen mit offenem Mund und Augen da. Wie grausam dieser Krieg war, zeigt auch dieses Beispiel: Leichen von SS-Leuten, die im Zentrum an einer Kirche verscharrt wurden, wirbelten durch die Luft, als die nächste Bombardierung kam.

So etwas darf nie wieder geschehen. Werdet jetzt aktiv – wenn Bomben fallen, ist es zu spät! Wer am 1. Mai oder am 1. September nicht auf die Straße geht, der macht sich am nächsten Krieg mitschuldig. **NORBERT GLASKE**

Anzeige

MEHR ALS BAHNHOF VERSTEHEN

„Wer Zugverkehr will, muss Bahnhöfe erhalten!“

www.bahnhofstour.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

240.000 auf #unteilbar-Demo

240.000 Menschen haben am 13. Oktober in Berlin gegen Rechts und für eine offene und freie Gesellschaft demonstriert. Auch aus dem Barnim ist eine Gruppe von Flüchtlingen und Alteingesessenen gemeinsam zur Demonstration gefahren und hat dann dort im Block der Seebriicken-Kampagne für sichere Fluchtwege nach Europa demonstriert. Einige hatten dabei die Möglichkeit einem Fernsichteam des RBB kurze Interviews zu geben. Das Ergebnis gab es bei »Brandenburg Aktuell« zu sehen.

THOMAS JANOSCHKA

Gegen Abschiebungen

Am 29. September beteiligten sich etwa 30.000 Menschen in Hamburg an der We'll come United!-Parade. Mit 3 Reisebussen sind wir aus Eberswalde, Biesenthal und Bernau nach Hamburg gefahren. Vor allem Menschen aus den Barnimer und Uckermarker Heimen ließen sich mobilisieren.

We'll come United! Brandenburg gestaltete einen von 44 Wagen. Swarming heisst die Aktionsform in der aktive Geflüchtete in den Flüchtlingsheimen und -lagern Workshops anbieten, bei denen es z.B. um rechtliche Informationen oder um den selbstorganisierten Widerstand gegen Abschiebungen geht. So vielsprachig wie der Brandenburger Block auf der Parade war, so vielsprachig war auch die Gestaltung unseres Busses. Die selbstgemalten Schilder und Transparente sendeten klare Botschaften, wie »Stop Deportation!«, »Break Isolation – Close All Lagers!« oder »Kein Mensch ist illegal!«. Viele Transparente und Schilder drückten auch die besondere Verbundenheit mit unserem Bundesinnenminister Horst Seehofer aus. Protestiert wurde auch gegen die Behinderung und Kriminalisierung der selbstorganisierten Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Gefordert wurden sichere Fluchtwege nach Europa. Hier der Wagen von Sea-Watch.

Mit verschiedenen Spendenaktionen und einer Soliparty konnten wir bereits einen Großteil der Kosten decken. Danke an alle, die dazu beigetragen haben. Wir haben für die Busse, Essen, Trinken, Demomaterial insgesamt 4000 Euro ausgegeben. Nun fehlen uns noch 1500 Euro. Falls ihr noch ein paar Taler übrig habt... Spendenkonto: IBAN: DE78 1705 2000 1110 0262 22, Sparkasse Barnim; Konto-Inhaber: Barnim für alle; Verwendungszweck: Wellcome United

Initiative »Barnim für alle«

Antifaschisten treffen sich

Eberswalde (bbp). Anlässlich der bereits angekündigten nächsten Demo der AfD-Vorfeldorganisation »Heimatliebe Brandenburg« am 3. November auf dem Eberswalder Marktplatz hat der Eberswalder LINKEN-Vorsitzende Michael Wolff zu einem Bündnistreffen eingeladen. Das Treffen findet am 18. Oktober um 18 Uhr in der DGB-Geschäftsstelle in der Grabowstraße 49 statt.

Solidarisches Abendessen



Foto: Willkommen in Biesenthal

250 Menschen kamen auf den Biesenthaler Marktplatz.

Biesenthal (wib). Etwa 250 Menschen fanden sich am 20. September zu einem gemeinsamen solidarischen Abendessen auf dem Biesenthaler Marktplatz ein. Die einen, die schon seit langer Zeit in Biesenthal leben, und andere, die erst in den letzten Jahren in die Stadt gezogen sind, aber auch Gäste aus Bernau waren dabei.

Viele brachten etwas zu Essen mit und so waren alle Tische reich gedeckt. Das Essen teilen kam so gut an, daß viele sich wünschten, solch ein solidarisches Essen zu wiederholen.

Während des Essens gab es Live-Musik und mehrere kurze Redebeiträge unter anderem vom Biesenthaler Bürgermeister. In den Redebeiträgen wurde ein Zusammenhang hergestellt zwischen der Hetze von AFD und CSU und der Zunahme von rassistischen Pöbeleien.

Auch in Biesenthal gab es in den letzten Monaten immer wieder offene Anfeindungen ge-

gen Flüchtlinge oder Menschen mit dunkler Hautfarbe. Dem stellen wir unsere Solidarität entgegen. Gleiche Rechte für alle, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Staatsbürgerschaft und sonst welchen Zuschreibungen die uns Menschen voneinander trennen und Diskriminierungen rechtfertigen sollen.

Auf der Veranstaltung wurde auch dagegen protestiert, daß die europäischen Regierungen Menschen bewußt im Mittelmeer ertrinken lassen. Es wurde gefordert, daß die blockierten Rettungsschiffe wieder auslaufen dürfen und endlich sichere Fluchtwege nach Europa geschaffen werden. Flüchtlinge machen sich nicht aus Langeweile auf den gefährlichen Weg! Mit unseren Waffenlieferungen und unserer Wirtschaftspolitik verwüsten wir ganze Landstriche und berauben vielen Menschen so ihrer Lebensgrundlagen.

Chance für wirkliche soziale Gerechtigkeit

Die unerwartet hohe Zahl von 65.000 Teilnehmern in Chemnitz am Konzert gegen rechts und für soziale Gerechtigkeit ist ein deutlicher Beweis dafür, daß ein erheblicher Teil der Deutschen bereit ist, aufzustehen und eine neue Politik zu fordern. Das drückt sich auch darin aus, daß in einer relativ kurzen Zeit über 100.000 Personen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der neuen Sammlungsbewegung »Aufstehen« erklärt haben. Entgegen den Meldungen mancher Medien ist die Initiative für diese Bewegung nicht nur von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine von der Linkspartei ausgegangen, sondern auch von angesehenen Funktionären von SPD und Grünen. Das gilt z.B. für die Gegenkandidatin für den Vorsitz in der SPD, die immerhin 25 % der Stimmen der Delegierten erhielt, sondern auch für das Gründungsmitglied der Grünen Vollmer, die gleichberechtigt mitwirken. Die doppelzüngigen Aussagen verantwortlicher AFD-Funktionäre zeigen, daß diese Bewegung auch in der Lage ist, neben bisherigen enttäuschten Nichtwählern irre geführten Wähler dieser Partei zurückzugewinnen.

Ich sehe künftig durchaus reale Möglichkeiten, daß es mit Hilfe dieser Bewegung gelingt, linke Mehrheiten zu schaffen, wo endlich SPD, Grüne und Linke gemeinsam für wirkliche Gerechtigkeit auf dem Gebiet von Mieten, Renten, Löhnen, Steuern oder der Pflege sorgen.

Das dies erfolgreich sein kann, beweist der Wahlkampf vor den letzten Bundestagswahlen. Als der SPD-Kandidat Schulz und die SPD die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellten, stieg die Zustimmung der Wähler kurzfristig von 20 auf 30 %. Sie gingen auch genauso schnell auf 20 % zurück, als deutlich wurde, daß sich die Wahlversprechen zur sozialen Gerechtigkeit größtenteils nur als Schönheitskorrektur erwiesen. Sie sank sogar nach Eintritt der SPD in die große Koalition mit der Union deutlich unter 20 %, da grundlegende Maßnahmen mit CDU und CSU nicht möglich sind. Auch die Linkspartei verbleibt leider in der Wählergunst um 10 %. Diese Fakten sind wohl der eindeutige Beweis für die Notwendigkeit aber auch die Chance für eine linke Sammlungsbewegung wirklich grundlegende Veränderungen in der Politik herbeizuführen.

GISELA KOCH

Demokratiepreise der Bürgerstiftung

Alle zwei Jahre vergibt die Bürgerstiftung Barnim Uckermark den Demokratiepreis Barnim Uckermark. In diesem Jahr verleihen wir den Preis gleich in drei Kategorien und würdigen damit zivilgesellschaftliches Engagement.

Zum ersten Mal findet die Preisverleihung in Prenzlau statt. Wir wollen aber nicht nur vorhandenes Engagement würdigen, sondern auch Ideen dafür fördern und loben zusätzlich einen Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche im Landkreis Uckermark aus. Im Rahmen der Demokratiepreisverleihung am 23. November werden auch die Preisträger des Ideenwettbewerbs bekanntgeben. Wir freuen uns über zahlreiche Bewerbungen und Vorschläge! Vielleicht auch von Ihnen?

Demokratiepreis 2018

Mit dem Demokratiepreis würdigt die Bürgerstiftung Barnim Uckermark zivilgesellschaftliches Engagement für eine demokratische Kultur. Wir suchen Akteure, deren Handeln andere ermutigt, ebenso wie auch Aktivitäten und Prozesse, in denen sich unterschiedliche Menschen einbringen und direkt ihre Umgebung gestalten. Dabei geht es um politisches Handeln, die Erfahrung von Wirksamkeit im sozialen und kulturellen Raum und die Entwicklung einer Zukunft, die allen Chancen eröffnet. Uns bewegen dabei die Fragen: Was macht zivilgesellschaftliches Engagement für eine demokratische Kultur aus? Welche Personen oder Gruppen setzen sich aktiv für den Einfluß und die Teilhabe von Minderheiten ein? Wo wurden oder werden aktuell Alltags- und Interessenkonflikte in der Nachbarschaft und der Kommune beispielhaft verhandelt? Wie kann man sich bestehende kommunale Strukturen dabei zunutze machen oder neue Wege aufzeigen?

Wir rufen Menschen aus Initiativen, Vereinen und Bildungseinrichtungen auf, sich bis zum 19. Oktober 2018 zu bewerben. Der zum 5. Mal verliehene DEMOKRATIEPREIS BARNIM UCKERMARK wird in diesem Jahr in drei Kategorien verliehen, die jeweils mit 1.500 Euro Preisgeld dotiert sind.

Der Demokratiepreis wird gefördert von der Brandenburger Staatskanzlei. Das Preisgeld stammt aus Spenden.

Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche

Mitbestimmung ist demokratische Bildung, bewirkt Selbstbewußtsein und erzeugt Stärke. Mit Engagement, Kreativität, Mut und etwas Unterstützung können Kinder und Jugendliche einiges bewegen. Um aktiv zu werden, sind Ideen gefragt.

Bis zum 7. November 2018 können Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 21 Jahre aus der Uckermark ihre Projektideen bei der Bürgerstiftung Barnim Uckermark einreichen. Eine Kinder- und Jugend-Jury entscheidet, welche drei Ideen ein Preisgeld aus den insgesamt zur Verfügung stehenden 1.200 Euro bekommen. Wir freuen uns auch hier über zahlreiche Bewerbungen aus der Uckermark.

Der Ideenwettbewerb wird gefördert vom Lokalen Aktionsplan Uckermark aus Mitteln des Bundesprogramms »Demokratie Leben«. Das Preisgeld stammt aus unserem Förderfonds »Kinder für Kinderrechte«.

KAI JAHNS,

Bürgerstiftung Barnim Uckermark

Zum Internationalen Mädchentag 2018:

»Mädchenrechte weltweit stärken!«

Helfen Sie TERRE DES FEMMES, nicht nur am Weltmädchentag am 11. Oktober

Die Welt braucht Mädchen, die sie verändern. Wie zum Beispiel Aisha aus Sierra Leone. Die Achtjährige mußte von zu Hause fliehen, weil sie sonst zwangsbeschnitten worden wäre. Heute lebt sie in einem von TERRE DES FEMMES eingerichteten Schutzhaus. Sie geht wieder zur Schule und darf weiter Kind sein:



Foto: VERONIKA KRISCHNER

Aisha in ihrer Schuluniform vor dem Mädchenschutzhaus in Sierra Leone.

»Ich will anderen Mädchen Mut machen, genau wie ich zu ihrer Entscheidung zu stehen.«

In zehn Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas ist TERRE DES FEMMES zusammen mit einheimischen Frauenorganisationen im Einsatz für die Menschenrechte von Mädchen und Frauen, zum Beispiel:

- In Burkina Faso und Sierra Leone schützen wir Mädchen vor Genitalverstümmelung durch Aufklärungskampagnen und ein Mädchenschutzhaus.

- In der Türkei und Kamerun verhindern wir durch Beratung, Hausbesuche und Schulstipendien, daß Mädchen früh zwangsverheiratet werden und ein Leben lang von Partner oder Familie abhängig bleiben.

- In Nicaragua und Bulgarien beugen wir Frauenhandel, Prostitution und anderer Gewalt an Mädchen mit Kampagnen, Workshops zu den eigenen Rechten und Bildungsangeboten vor.

CHRISTA STOLLE, www.frauenrechte.de

Ahnungslos durch die Nacht

Im Südosten dieses Landes, wo sanfte Hügel kleine Bäche mit -itz am Ende einrahmen, der Wald so herrlich grünt und auf saftigen Weiden glückliche Kühe grasen, lebt ein fleißiger und kameradschaftlicher Menschenschlag.

Das sind die Leute, die von alters her Polizisten als Nußknacker in stillem Protest in die Fenster stellen. Auf den polierten Schrankwänden standen vor Jahren Paraden bunter Bierdosen, die auf abenteuerlichen Pfaden ins Land gekommen, ehrfurchtsvoll im Kreise guter Freunde geleert und in sehnsüchtiger Vorahnung auf den glänzenden Möbeln drapiert waren.

Irgendwie kamen auch zart schmelzende Milka-Schokolade, sanfte Fa-Seife und feine Düfte von Jacobs Krönung in die malerischen Täler. Vielmehr wußten die Kameraden nicht über das Leben der Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr. Schuld war eine Staats- und Parteiführung, die die Wellen des Westfernsehens nicht zu den Ahnungslosen ließ.

Eines unverhofften Tages, nach einigen Demonstrationen und ein bißchen Ungewißheit, kam der Westen endlich in die schönen Täler der Bäche mit -itz am Ende. Nun zeigten die bodenständigen Menschen eifrig und umsichtig ihre Talente für die gemeinsame Sache. Wie von Zauberhand verwandelten sich die sanften Hügel und verschlungenen Täler endgültig in blühende Landschaften. Störende Industriebauten verschwanden auf dem Müll der Geschichte. Viele kleine Häuschen leuchteten nun in hellen Farben. Die Brüder und Schwestern halfen mit ihrem Geld, wo sie wollten und durften. Die Hauptstadt strahlt endlich im Gold des starken August. Das gemeinsame Aufbauwerk hat sich gelohnt. Alle Menschen sind frei und die Täler so schön wie nie. Söhne und Töchter konnten in die weite Welt und blieben auch dort.

Natürlich kamen viele Besucher und wollten sich die blühenden Landschaften ansehen. Dagegen hatten die Kameraden nichts einzuwenden. Ein paar wichtige Leute blieben auch.

Die Chefin im Betrieb macht das Klärle aus Memmingen. Janno gehören nun die schwarz-bunten Kühe auf den schönen Wiesen und Weiden. Die Windräder drehen sich für Juan und Margarita aus Bilbao. Jasemin und Hassan kaufen ein Haus nach dem anderen. Bald gehört den fleißigen und kameradschaftlichen Leuten ihr eigenes Land nicht mehr.

Krankenpfleger kommen aus Afghanistan, Frisöre aus Indien und Bäcker aus Syrien. Und die Marokkaner machen fast alles.

Natürlich ist den kameradschaftlichen Menschen die Freiheit geblieben. Aber so kann es nicht bleiben. Es soll so werden wie früher. Nur die Landschaften sollen weiter blühen und das fremde Volk soll weg.

Deshalb laufen sie nun wieder ahnungslos durch die Nacht, die Leute in den Tälern der Bäche mit -itz am Ende.

Dr. MANFRED PFAFF

Autogenes Training

Das *Autogene Training* ist ein *Entspannungsverfahren* und wurde in 1920er Jahren von Prof. JOHANNES HEINRICH SCHULTZ entwickelt. Das *Autogene Training* ist eng mit der Hypnose (siehe BBP 9/2018) verwandt, da bei beiden Verfahren mit Suggestionen gearbeitet wird. Während bei der Hypnose die Suggestionen vom Hypnotiseur vorgegeben werden, wird beim *Autogenen Training* mit *Autosuggestionen* gearbeitet, also mit Formeln, die der Übende sich selbst vorsagt wie z.B. »mein linker Arm ist warm«. Gesundes Leben erstreckt sich immer zwischen den Polen *Spannung und Entspannung*. In unserer heutigen Zeit braucht ein Mensch ein Höchstmaß an spannender Leistung. Dabei verkrampft der Mensch leider all zu oft, so daß *körperliche Vorgänge* wie z.B. die Atmung oder die Verdauung durch diese Spannung *erschwert werden können*. Die einzelnen Übungen des *Autogenen Trainings* sind so aufeinander aufgebaut, daß sie mit dem Einfachsten und Unscheinbarsten beginnen, nämlich mit Ruhe, Schwere und Wärme. Mit *zunehmendem Üben* und dem Zusammenbau von Übungsteilen erreicht der Übende einen *entspannten Zustand*. Durch die bewußte Konzentration auf den eigenen Körper kommt es zu einer *intensiveren Körperwahrnehmung* und somit zu tiefer innerer Entspannung, Ruhe und Ausgeglichenheit. *Voraussetzung* für das Erlernen des *Autogenen Trainings* ist ein *wiederholtes Üben*, am besten täglich. Schaffen Sie sich einen Rückzugsraum, indem Sie ohne Leistungsdruck üben können. Das Streben nach Perfektion ist eher hinderlich.

Die *Wirkung* auf den gesunden Menschen ist *Erholung*. Schon wenige Minuten bringen die Erholung eines zweistündigen Schlafes. Der nächtliche Schlaf verbessert sich und wird oft als tiefer empfunden. *Aufregung und Ärger* werden gedämpft. Auch auf *innere Unruhe, Ängste* und weitere *schwierige Lebenssituationen* kann sich das *Autogene Training* positiv auswirken. Desweiteren wird die *Aufmerksamkeit* gestärkt. Auch die *geistige und körperliche Leistungsfähigkeit* wird gesteigert. Das *Autogene Training* gehört zu den *wichtigsten Maßnahmen der Vorsorgemedizin*, da sich durch das *Autogene Training* die *Widerstandskraft* und die *Immunabwehr* des Organismus gegen viele Erkrankungen beträchtlich *erhöhen*!

Die Seele wirkt sich auf den Körper aus. So kann das *Autogene Training* dazu beitragen, daß bei einem Menschen, dessen innere Unruhe sich als Herzklopfen äußert, sich die Symptome bessern oder ganz verschwinden.

Oftmals wird das *Autogene Training* in Gruppen angeboten. Wenn Sie flexibel bleiben möchten, dann können Sie das *Autogene Training* auch einzeln bei einem zertifizierten Seminarleiter buchen. Gönnen Sie sich einige Stunden des *Autogenen Trainings*, Sie werden sicherlich davon profitieren.

FALK HINNEBERG, (falk.hinneberg@gmx.net)

Quiz und Test (Teil 4)

Unter dieser Überschrift konnten wir in den Ausgaben von Juli, August und September lesen, wieviel wir in Eberswalde und Umgebung für Wasser bezahlen müssen und welche Unterschiede es da – abhängig von den Wohnverhältnissen – gibt. Bei den Rechenbeispielen wurden ausschließlich Kosten berücksichtigt, die an den Wasserver- und Abwasserentsorger, hier ZWA, zu zahlen sind. Der aufmerksame Leser Bernd Pomraenke hat nun darauf aufmerksam gemacht, daß im Fallbeispiel Großwohnblocks mit mehr als 50 Mietern pro Wasseranschluß durchaus nennenswerte Kosten für die Verbrauchserfassung und -verteilung und für Zählermieten nicht berücksichtigt wurden.

Die Mieter müssen mehr bezahlen, als der Wasserbetrieb fordert, hier zusätzlich an die Abrechnungsfirma. Es trifft also nicht zu, daß Mieter wie er für Wasser nur 2/3 dessen bezahlen muß, was für die gleiche Menge Wasser einem Eigenheimnutzer berechnet wird. Herr Pomraenke hat für das Jahr 2017 folgende Zahlen genannt: (Die Zahlen gelten für 108 Wohneinheiten, die über zwei Hauptwasserzähler QN 6 mit Wasser versorgt werden). Da sind zunächst die Kosten für die Verbrauchserfassung in Höhe von 539,78 Euro pro Jahr. Dazu kommen die Kosten »Zählermiete« für 108 Kaltwasserzähler – 1285,20 Euro/a – und weitere 108 Warmwasserzähler – 1413,29 Euro/a. Schließlich sind die Kosten zum Ausgleich der »Zählerdifferenz« zu berücksichtigen. Es besteht nämlich eine Differenz zwischen dem an den Hauptwasserzählern abgelesenen Gesamtverbrauch und der Summe der an den Wohnungswasserzählern abgelesenen Verbräuchen. Da für den Wasserversorger nur der – in der Regel höhere – Wert des Hauptwasserzählers gilt, muß jeder Mieter etwas mehr bezahlen, als seine Wohnungswasserzähler ausweisen.

Insgesamt ergibt sich entsprechend der weiteren Zahlen von Herrn Pomraenke folgendes Bild: Die insgesamt 31.434,69 Euro/a für den Wohnblock erhöhen sich auf 34.672,96 Euro/a, die von allen Mietern aufzubringen sind. Bezogen auf die Gesamtwassermenge, gemessen als Summe aller Wohnungswasserzähler in Höhe von 4.946 m³ sind das 7,01 Euro/m³.

Der kritische Leser kann nun einwenden, daß diese Zahl mit »reinen« ZWA-Gebühren nur bedingt vergleichbar ist, weil sie ja Verwaltungsgebühren enthält. Das trifft zu. Die Leistungen von Techem sind in der Tat Kosten für reine Verwaltungstätigkeit, die vom Vermieter eigentlich nicht geltend gemacht werden dürften, jedenfalls nicht mit den Betriebskosten. Die Umlage dieser Kosten für Verwaltungsleistungen wird jedoch seit mehr als 20 Jahren praktiziert und die Verfahrensweise ist mittlerweile in der hier zutreffenden Betriebskostenverordnung festgeschrieben. Die Mieter haben das so akzeptiert und es ist nicht bekannt, daß es dagegen Widerspruch gegeben hat.

Im Vergleich der Wassergebühren von Mietern in einem großen Wohnblock und Bewohnern von Einfamilienhäusern zahlen die Mieter zwar immer noch weniger pro Kubikmeter Wasser als Eigenheimer, aber der Unterschied beträgt – dank Umlage der Verwaltungskosten – nur etwa 20% oder anders ausgedrückt: Der Eigenheimer zahlt 100%, der Mieter 80%. Da-

mit wären die weiter oben errechneten 2/3 korrigiert. An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, daß für Mieter natürlich sowohl Anschlußkosten als auch Kosten für die Errichtung, Pflege und Wartung und ggf. Erneuerung der Wasseranlagen auf dem eigenen Grundstück entfallen. Damit »hinkt« der Vergleich zwischen Mietern und Eigenheimern, weil er sich ja nur auf Gebühren bezieht und die zusätzlichen Kosten, die ein Eigenheimer hat, unterdrückt. Mieter haben es trotzdem nicht grundsätzlich viel besser, denn Vermieter haben noch immer Wege gesucht und gefunden, ihre Kosten, auch die nicht umlagefähigen, über die Miete auf die Mieter abzuwälzen.

Die Zahlen von Herrn Pomraenke gelten, darauf sei ausdrücklich hingewiesen, nicht nur für »seinen« Wohnblock der WHG in Finow, sondern für alle Großwohnblocks in Finow-Ost. In einem anderen Stadtteil oder gar in einer anderen Stadt kann das Ergebnis mit anderen Zahlen ganz anders aussehen.

Die vorstehenden Beispiele haben gezeigt, daß es nicht so ganz einfach ist, die wirklichen Kosten für Wasser und Abwasser auszurechnen, zu vergleichen und zu verstehen. Wasserversorger und Vermieter sind ja auch gar nicht daran interessiert, das Gewirr aus Kosten für Grund- und Verbrauchsgebühren, für Beiträge und Aufwandsersatzforderungen und für eigene Instandhaltungsleistungen, brutto und netto, transparent zu gestalten. Das wäre z.B. eine reine Mengengebühr. Ob die dann auch für alle »gerechter« ist, darüber kann man trefflich streiten, Vorteile für die Kunden hat sie allemal! Sie wird aber kaum durchsetzbar sein, denn die Wasserversorger lieben verbrauchsabhängige Grundgebühren und können sie begründen. Sie sind auch plausibel, jedenfalls solange sie nur so hoch sind, daß sie die Fixkosten des Ver- und Entsorgers decken.

Die »besten« Wasserkunden sind diejenigen, welche die geforderten Beträge brav vom Konto abbuchen lassen, die Abrechnung gar nicht lesen und im übrigen glauben und weiter erzählen, daß Wasser aus der Leitung billig ist und man beim Wasser nicht sparen muß! Im Vergleich zu in Flaschen abgefülltem Mineralwasser ist Leitungswasser, selbst bei 10 Euro je Kubikmeter, tatsächlich billig. Ob es – in Eberswalde und Umgebung – auch wirklich gut, d.h. so sauber und so schön weich ist, wie es sein sollte, das wissen Betreiber zusätzlicher Filter und Warmwasseranlagen besser, aber das ist ein anderes Thema.

JOHANNES MADEJA

Was essen eigentlich Insekten?

von Alexander Pfaff

Die einfache Antwort lautet: Insekten essen alles. Das ist bei etwa einer Million verschiedener Arten, die bisher beschrieben wurden, freilich wenig verwunderlich. Es gibt fleischfressende Insekten und es gibt reine Pflanzenfresser. Viele Arten ernähren sich von Tieren und Pflanzen. Uns interessieren natürlich insbesondere die etwa 2.000 Insektenarten, die bisher für den menschlichen Verzehr erschlossen sind.

Die Frage, was diese Insekten essen, ist vor allem für die gezielte Aufzucht zum Zwecke des menschlichen Verzehrs interessant.

Die meisten dieser Insektenarten sind Allesfresser. Einige können auch komplett pflanzlich ernährt werden. Derzeit werden weltweit die meisten Insekten jedoch nicht gezüchtet, sondern in der Natur gefangen oder gesammelt. Eßbare Insekten, die in Europa angeboten werden, entstammen allerdings ausschließlich der Aufzucht.

Insekten verwerten ihr Futter außergewöhnlich effektiv. Als wechselwarme Tiere verwenden sie keine Energie für ihre Körperwärme. Das spart viel Futter. Rinder beispielsweise benötigen im Vergleich etwa achtmal soviel Futter, um die gleiche Masse zu erzeugen.

Im Unterschied zur konventionellen Tierzucht können Insekten sogenannte Sidestreams verwerten. Das sind Futter- oder Lebensmittel, die sonst nicht genutzt werden. Wie zum Beispiel Gemüse, das nicht »schön« genug für den Handel ist, oder Lebensmittel nach dem Ablaufdatum. Insekten essen auch

Pflanzen, die auf sonst nicht nutzbaren Flächen wachsen. Eine nachhaltige Insektenzucht steht daher nicht in Konkurrenz zur konventionellen Produktion von Lebensmitteln.

Vertikale Insektenzucht spart zusätzlich Fläche ein, ohne den Platz für das einzelne Insekt einzuschränken. Obwohl Insekten in Schwärmen gezüchtet werden, haben sie vergleichsweise teilweise mehr Auslauf als Bio-Rinder in Deutschland.

Insekten können auch Abfälle verwerten. Dadurch würde der tatsächliche Futtermittelverbrauch weiter sinken. Allerdings gibt es in der EU noch keine speziellen Richtlinien für Insektenfutter. Die europäische Kommission empfiehlt daher, die Vorschriften für normales Tierfutter anzuwenden. Die Vorschriften regeln die Grenzwerte für Schadstoffe und die Herkunft des Futters.

Das bedeutet beispielsweise, daß die eigentlich mögliche Fütterung mit Abfällen nicht stattfindet, weil Abfälle nicht als Futter gelten. Untersuchungen, ob die Fütterung von Abfällen und Sidestreams für den Menschen eine

Gefahr darstellen, fehlen bisher. Die EU stellte die Sicherheit der Verbraucher in den Vordergrund. Daher können die nachhaltigsten Fütterungsformen erst genutzt werden, wenn entsprechende Studien vorliegen.

Doch was essen die beliebtesten eßbaren Insekten Europas genau? Zwischen den einzelnen Farmen bestehen große Unterschiede. Im folgenden ein paar Beispiele:

Tropische Hausgrille (*Gryllus sigillatus*). Die Firma *Entomofarms* in Kanada, welche das Grillenmehl für die Instinct-Insekten-Riegel der Firma *Bearprotein* aus Eberswalde liefert, züchtet bio-zertifizierte Grillen. Die Grillen bekommen Mais, Gräser und etwas Soja. Das Futter wird biozertifiziert und kontrolliert. Als Besonderheit verzichtet *Entomofarms* auf den Einsatz von Plaste-Boxen in der Zucht.

Hausgrille (*Acheta domestica*). Mehrere Züchter in Europa widmen sich der Hausgrille. Unter anderem *kreca* in den Niederlanden. Auch die thailändischen Züchter nutzen meist die Hausgrille. Die Art des Futters wechselt je nach Züchter stark und besteht aus Mais, Weizen, Gräsern, Soja und teilweise Fischmehl.

Mehlwurm. Neben einigen Züchtern widmet sich ein spannendes Projekt für die Hauszucht dem Mehlwurm. Bei dem Projekt *LIVIN farms* geht es um eine Minifarm für die Küche. In der Minifarm züchtet man frische Mehlwürmer. Diese füttert man mit Küchenabfällen wie Schalen und zum Beispiel Haferflocken. Auch in professionellen Farmen bekommen die Mehlwürmer eine Mischung aus Trockenfutter und frischem Futter. Das Trockenfutter besteht meist aus Getreide oder Mais.

Buffalo Wurm. Unter anderem verwendet *bugfoundation* den Buffalo Wurm für seinen Insektenburger. Die kleinen Verwandten des Mehlwurms fressen ebenfalls eine Mischung aus Getreide und frischem Obst oder Gemüse.

Heuschrecke. Der Heuschrecke widmen sich nur wenige Züchter. Die Zucht gestaltet sich derzeit noch kompliziert. Ein Projekt aus Sachsen-Anhalt verdient besondere Aufmerksamkeit. Thorsten Breitschuh von *jumpfood* füttert seinen Heuschrecken ausschließlich Gräser von eigenen Wiesen. Noch ist es ein Pilotprojekt, doch in der Zukunft soll dies die nachhaltigste Zucht Deutschlands werden.

Derzeit essen weltweit fast zwei Milliarden Menschen Insekten. Für viele von ihnen sind Insekten eine Delikatesse. Aber gerade in Europa und Nordamerika ist Insektenessen nahezu unbekannt. Auch die FAO ermutigt uns, in Zukunft mehr Insekten zu essen. Daher können wir also durchaus von einem Nahrungsmittel der Zukunft sprechen. Bisher fressen Insekten Futter, das dem der konventionellen Nutztiere ähnelt. Der Vorteil der Insektenzucht liegt hier im geringeren Futterbedarf. Es gibt zwar andere, noch effektivere Futteroptionen, doch sind diese derzeit noch nicht erlaubt. Hier müssen wir auf die entsprechenden gesetzlichen Regelungen warten, um das ganze Potential der eßbaren Insekten zu erschließen.

Herbstzeit ist Erntezeit:

Senftenhütter saften fünf Zentner Äpfel

Vor nunmehr 16 Jahren, im Herbst 2002, pflanzten zahlreiche Senftenhütter Einwohner 70 Obstbäume entlang eines Feldweges in ihrem Ort. Wie andernorts auch, quellen sie dieses Jahr förmlich über und versprechen eine reiche Ernte. Bloß wohin mit all den Äpfeln?

Da kam das Angebot der Eberswalder Energie- und Kulturwendeinitiative Wandelbar gerade recht. Die Initiative stellt in Eberswalde ihre Saftstraße an mehreren Wochenenden zur Verfügung und schafft damit die Möglichkeit, regional geerntetes Obst gemeinschaftlich und nichtkommerziell zu Saft zu verarbeiten.

Die maximale Prebleistung von 100 kg Äpfeln pro Stunde stellte bei dem Obstreichum in diesem Jahr selbstredend keine Hürde dar, ganz im Gegenteil. Vier Senftenhütter Familien sammelten in ihren Gärten und der gepflanzten Apfelreihe entlang des Feldweges 5 Zentner Äpfel und machten sich am Morgen des 22. September zusammen auf den Weg in die



Foto: Conrad

Kreisstadt. Die nächsten Stunden wurden die unterschiedlichen Stationen der Saftstraße besetzt. Die Äpfel mußten gewaschen, kleingehäckselt, der Saft schließlich herausgepreßt, pasteurisiert und abgefüllt werden. Nach der gemeinsamen Arbeit waren über 140 Liter leckerer Apfelsaft der Lohn, der gerecht aufgeteilt wurde.

Wie der Senftenhütter Apfelsaft schmeckt, ließ sich im Rahmen der Kinderkunstwerkstätten beim Kindertöpfen am 29. September und beim Drachenbasteln am 14. Oktober, jeweils in der Scheune von Hartmut Lindner kosten.

Dr. NICO CONRAD

Vor 100 Jahren:

Die rote Fahne auf dem Eberswalder Rathaus

Die Novemberrevolution im »Roten Finowtal« (Teil 1)

Den 8. August 1918 nannte Generalquartiermeister (Generalstabschef) Ludendorff den »schwarzen Tag des deutschen Heeres«. Einer englisch-französischen Angriffsgruppierung aus 32 Divisionen mit über 3000 Geschützen und über 500 Tanks war es gelungen, die deutsche Verteidigungslinie an der Somme zu durchbrechen. Die deutschen Truppen erlitten schwere Verluste. Die Westfront geriet ins Wanken. In einer Lagebesprechung im Großen Hauptquartier am 14. August, an der Kaiser Wilhelm II. und der Reichskanzler Graf von Hertling teilnahmen, mußte Ludendorff einräumen, daß der Krieg verloren war.

Bis Anfang September mußte das deutsche Heer die erst im Frühjahr und Sommer mit riesigem Blutzoll eroberten Gebiete wieder räumen. Ende September begann an der gesamten Westfront die allgemeine Offensive der Alliierten, deren Überlegenheit durch die Entfaltung der US-amerikanischen Truppen von Tag zu Tag zunahm. Der völlige militärische Zusammenbruch rückte unaufhaltsam heran.¹

Am 29. September forderte Ludendorff die Regierung auf, sofort Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einzuleiten, um das Heer vor der Vernichtung zu bewahren. Der Generalquartiermeister forderte schnellstens eine Regierungsumbildung unter Beteiligung der Mehrheits-SPD, die schon 1914 mit ihrer »Burgfriedenspolitik« ihre Zuverlässigkeit für den Machterhalt der herrschenden Clique bewiesen hatte. Wenn es mit der Verschlechterung unserer politischen und militärischen Lage so weitergehe, könne die »Revolution von unten nur noch durch eine solche von oben vermieden« werden, durch eine Regierung, die »vor allem auch Sozialisten umfassen« sollte, hatte schon vorher der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Admiral von Hintze gefordert.²

Bei den SPD-Führern wurden damit offene Türen eingerannt. Parteiausschuß und Reichstagsfraktion hatten bereits am 23. September den eventuellen Eintritt in die Regierung beschlossen. Gustav Noske sprach aus, worum es ging: »Wenn wir jetzt unter allen Umständen unsere Mitarbeit verweigern, dann wäre mit der sehr ernstesten Gefahr zu rechnen, ... daß dann die Bewegung über uns hinweggeht und ein bolschewistisches Regime ... auch bei uns Platz greifen würde.«³

Am 3. Oktober 1918 bildete Reichskanzler Max von Baden eine neue Regierung, der mit Philipp Scheidemann (neben Friedrich Ebert Vorsitzender der SPD) und Gustav Bauer zwei Sozialdemokraten als kaiserliche Staatssekretäre angehörten. »Das Ziel einer deutschen Demokratie«, schrieb das SPD-Zentralorgan Vorwärts am 3. Oktober, »wird in kurzer Zeit auf dem Wege der friedlichen Umwälzung erreicht sein.«⁴

Im Aufruf des SPD-Parteivorstandes vom 17. Oktober hieß es gar, daß Deutschland nun zu einem »Volksstaat« werde und »im Wege friedlicher Umwälzung ... unser Staatswesen zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus« überzuleiten.⁵

Max von Baden lobte seine neuen Partner für deren Loyalität. »Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich instande sein, den Kaiser zu retten. Welche Ironie des Schicksals.«⁶

Im Spartacus-Brief Nr. 12 vom Oktober 1918 verglich Rosa Luxemburg dieses »Reformministerium« mit jenen vorheriger Revolutionen, die »in zwölfter Stunde ... auf der Bildfläche« erscheinen, um »das Wesen der alten Klassenherrschaft zu retten, um einer radikalen, wirklichen Erneuerung der Gesellschaft durch die Massenerhebung vorzubeugen«. Auch das »historische Schicksal dieser Ministerien der zwölften Stunde« sei »stets dasselbe: sie sind durch ihre innere Halbheit und ihren inneren Widerspruch mit dem Fluche der Ohnmacht beladen... Die treibenden Kräfte der Geschichte, die das Reformministerium erzwungen haben, eilen alsbald über dasselbe hinaus.« Der Unterschied zu früheren »Reformministerien« sei, daß sich diesmal »eine Partei, die sich sozialdemokratisch nennt, dazu her« gebe, »bei sichtbar nahender Katastrophe der bestehenden Klassenherrschaft den Retter in der Not zu spielen.«⁷

Rosa Luxemburg sollte recht behalten. Aber der Krieg wurde noch einen ganzen Monat lang mit vielen Opfern fortgesetzt. Noch am 5. Oktober sprach der neue Reichskanzler vor dem Reichstag auch von einem »Endkampf auf Leben und Tod.«⁸

Die Realität sah im Herbst 1918 anders aus. Die Menschen hatten genug vom Krieg. 1914 glaubten auch viele Sozialdemokraten der »Burgfriedenspolitik« der Parteiführung und meinten, ihr Vaterland verteidigen zu müssen, weil es angegriffen wurde.

Die Jahre des Krieges hatten viele ernüchtert und auch in Eberswalde hatten sich im Frühjahr 1917 viele Sozialdemokraten der neuen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) angeschlossen. PHILIPP ZOPF spielte dort eine führende Rolle. Aber wie viele andere aktive Kriegsgegner wurde auch er im letzten Kriegsjahr eingezogen und in der Artillerieabteilung einer Nahkampfgruppe an der Westfront eingesetzt. Im Herbst 1918, kurz vor Kriegsende, wurde er schwer verwundet. Als sich im Oktober 1918 die Revolution anbahnte, lag er infolge einer Gasvergiftung blind und mit verbrannten Atmungsorganen in einem Lazarett in Bielefeld. Zum Beginn der Revolution in Eberswalde zeigte sich, daß auch viele seiner Genossen durch den Krieg, durch Tod und Gefangenschaft fehlten.⁹

Die Nachricht von der Revolution in Berlin erreichte Eberswalde noch am gleichen Tag. Es war Sonnabend, der 9. November 1918. Am Sonntag trafen sich die Vertreter von SPD, USPD und den Gewerkschaften und beriefen einen provisorischen Arbeiter- und Soldaten-

rat. Am folgenden Montag standen ab 9 Uhr alle Betriebe im Finowtal still. Die Arbeiter der Betriebe zogen in einem gewaltigen Demonstrationzug vor das Eberswalder Rathaus. Der Gewerkschaftsfunktionär und Mehrheits-SPDler WILHELM ULM verkündete die am Vortag formulierten Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats: Den Rücktritt von drei Stadträten, die Gegenzeichnung aller Erlasse und Verfügungen des Magistrats, einschließlich der aller Korrespondenzen durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Unterstellung der Polizei unter den Arbeiter- und Soldatenrat unter Ablieferung aller Waffen sowie die Auflösung der Jungwehr, die keine städtische Einrichtung mehr nutzen dürfe. Die auf dem Marktplatz versammelten Massen verschafften dem Verhandlungsführer FRANZ HEINRICH, ebenfalls MSPD, genügend Rückhalt, daß der Eberswalder Oberbürgermeister ERNST HOPF alle Forderungen annahm. Auf dem Rathaus wehte eine große rote Fahne.¹⁰

GERD MARKMANN

1 – HELMUT OTTO und KARL SCHMIEDEL: Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriss. Militärverlag der DDR, 4. berichtigte Auflage, Berlin 1983

2 – GÜNTER HORTZSCHANSKY et al.: Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919. Dietz Verlag Berlin 1978, S. 59

3 – Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion, o.O. (1918), S. 15

4 – HORTZSCHANSKY: Illustrierte Geschichte ...,

5 – Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 253

6 – PRINZ MAX VON BADEN: Erinnerungen und Dokumente, S. 405/406

7 – ROSA LUXEMBURG: Die kleinen Lafayette. In: Spartacus Nr. 12, Oktober 1918. In: Spartacusbriefe, Dietz Verlag Berlin 1958, S. 463/464

8 – HORTZSCHANSKY: Illustrierte Geschichte ...,

9 – PHILIPP WEHR: Philipp Zopf, mein Vater. Unveröffentlichtes Manuskript vom 20.12.1953, Nachlaß Philipp Wehr, Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal (AGART).

10 – LUDWIG ARENDT: Erinnerungen. Zur Novemberrevolution 1918 in Eberswalde, Manuskript von 1953/54, Heimatmuseum Eberswalde

» Wohnen und Mieten bei der WHG«

Am 18. September hatte die stadteigene WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH zu einem Informationsabend zum Thema Wohnen und Mieten eingeladen. Was konnten die Mieter der WHG erwarten?

Geschäftsführer HANS-JÜRGEN ADAM stellte ein Konzept namens »Wohnen und Mieten bei der WHG« vor, das aufgrund einer Entscheidung des Bürgermeisters ausgearbeitet wurde. Als FRIEDHELM BOGINSKI in der StVV am 29.06.2017 den Mietstopp für die WHG verkündete, erklärte er zugleich, daß ein »Konzept für Mieterhöhungen« auszuarbeiten ist (BBP). Dieses sollte im Aufsichtsrat der WHG zur Diskussion gestellt und im Anschluß daran öffentlich gemacht werden. Der Aufsichtsrat beschloß das Konzept »Mieten und Wohnen bei der WHG«, mit dem diese Zielstellung erfüllt werden soll, bereits am 29. Mai 2018.

Fast vier Monate lang gab es über den Inhalt dieses Konzepts keine öffentliche Informationen. Die Besucher der Infoveranstaltung mußten sich überraschen lassen.

Was hätte so ein Konzept für Mieterhöhungen beinhalten müssen? Geschäftszweck der WHG und sozial vertretbare Mieten sind seit längerem in der Diskussion. Am 24.05.2016 stellten drei Fraktionen dazu Anfragen an den Bürgermeister und lösten damit eine breite Debatte aus. Eine »Denk- und Diskussionsveranstaltung« beschäftigte sich mit den Fragen, ohne Veränderungen zur Folge zu haben (BBP 11/2016). Mit Jahresbeginn 2017 startete die WHG eine Mieterhöhungswelle, die entsprechende Empörung auslöste. In den verschiedenen Debatten wurden die zu lösenden Probleme sichtbar. Es wäre zu erwarten gewesen, daß sich selbige in dem Konzept wiederfinden und deren Lösung enthalten sein müßte.

Zum kommunalen Charakter der WHG und der Verantwortung der Stadt als Gesellschafter der WHG: Der politische Auftrag der WHG ist Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten (§ 2 (1) Gesellschaftsvertrag). Um diesem Auftrag gerecht zu werden, ist es erforderlich, die Rolle und Verantwortung der Stadtverordnetenversammlung zu erhöhen. In den Gesellschaftsvertrag ist aufzunehmen, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Gesellschaftervertreter (Bürgermeister) Richtlinien und Weisungen erteilen kann. (§ 97 der Kommunalverfassung) und daß wichtige Fragen der WHG, worüber der Gesellschaftervertreter zu informieren hat, in der Stadtverordnetenversammlung beraten und entschieden werden. Hierzu sind im Gesellschaftsvertrag konkrete Festlegungen zu treffen. Der kommunale Charakter der WHG ist dadurch zu stärken, daß Transparenz und Mitbestimmung durch Lockerung der Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder erhöht werden (Grundlage § 52 des GmbH-Gesetzes).

In § 2 (2) der Satzung ist aufzunehmen, daß die Wahrnehmung von Aufgaben der städtischen Infrastruktur u.ä. nur zulässig ist, wenn

sie nicht zu Belastungen der WHG und damit der Mieter führen. Jede diese bezügliche Maßnahme muß für sich allein wirtschaftlich sein.

Die Grundsätze der Wohnungsgemeinnützigkeit sind in der Satzung zu untersetzen.

Zu Mietkosten und Mietforderungen: Entsprechend Gesellschaftsvertrag sind sozial vertretbare Mieten das Ziel der WHG. Es ist nicht das Ziel, Gewinne zu erwirtschaften. Trotzdem hat die WHG 2017 ein Betriebsergebnis von 2,9 Mio Euro realisiert (lt. MOZ vom 17.07.2018). Dazu haben auch die Mieterhöhungen in 1. Halbjahr 2017 beigetragen (im Karl-Marx-Ring betragen sie rund 10 %!).

Im Jahresabschlußbericht 2014 hieß es noch: »Die Gesellschaft orientiert sich im aktualisierten Plan 2015 - 2024 auf Jahresergebnisse zwischen TEUR -435,0 und TEUR 800,0. In den Ergebnissen sind jährliche Mietsteigerungen von durchschnittlich 1,0 % einkalkuliert.«

Daher ist zu fragen: plant die WHG unverändert jährliche Mietsteigerungsraten von 1 % und gilt für die Bestimmung der erforderlichen Miethöhe das Kostendeckungsprinzip?

Welche Rolle spielt der Mietspiegel für die Bestimmung der Miethöhe? In der Begründung der Mieterhöhungen 2017 hieß es: »Ihre Mietspreche entspricht nicht mehr dem ortsüblichen Mietpreis für vergleichbare Wohnungen.« (Das Mietpreisspiegelniveau treibt die WHG mit den Neuvermietungspreisen selbst mit voran).

Welche Gremien werden in die Mietpreisbestimmung eingebunden? Welche Rolle spielen der Aufsichtsrat, der Mieterbeirat und der Gesellschaftervertreter bzw. die Stadtverordnetenversammlung?

Einfluß der WHG auf die Betriebskosten: Große Bedeutung besitzt die sogenannte zweite Miete. Sie belastet die Mieter in ähnlicher Größenordnung wie die erste Miete. Dies gilt insbesondere für Heizung und Warmwasser. Sofern die WHG dafür Lieferfirmen bindet, sind die Mieter davon abhängig, ohne einen direkten Einfluß auf diese zu haben.

Handelt die WHG zukünftig für ihre Mieter treuhänderisch, um die Kosten für die Mieter zu minimieren? Die Fernwärmepreise sind Monopolpreise. Die bestellte Anschlussleistung ist zu hoch. Gibt es Vorstellungen bei der WHG, Wärmeerzeugungsanlagen, beginnend bei einzelnen Wohnblöcken, zu installieren und selbst zu betreiben? Die sogenannte Nahwärmeerzeugung läßt niedrigere Kosten für die Mieter erwarten, weil die Fernwärmeleitungskosten und die Wärmeverluste der Fernwärmeleitungen entfallen und ein Wettbewerb um die Fernwärmelieferung initiiert wird.

Die WHG gehört der Stadt und damit allen Bürgern dieser Stadt. Das muß auch die Geschäftspolitik der WHG widerspiegeln!

ALBRECHT TRILLER,

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde



Foto: GÉRD MARRKMAN

Die WHG hatte sich auf größeren Besucherandrang eingerichtet. Etwa 300 Sitzplätze hatten die Mitarbeiter des Familiengartens in der Eberswalder Hufeisenfabrik bereitgestellt. Am Ende konnten knapp 70 davon besetzt werden, darunter die anwesenden Mitarbeiter der WHG und der Stadtverwaltung. Auch gut ein Dutzend Stadtverordnete waren gekommen. Anderthalb Dutzend zählten die Mitglieder verschiedener Initiativen, die vorab am Eingang für soziale Mieten demonstriert hatten. Von denen, die eigentlich angesprochen waren – die Mieter der WHG – waren nur rund 20 zum Infoabend gekommen.



Foto: GÉRD MARRKMAN

Mit einem Sektempfang »Willkommen im SPEKulationsGÜRTEL« begrüßten vor dem Eingang des Familiengartens die Mitglieder einer Initiative für soziale Mieten in Eberswalde die Besucher der WHG-Infoveranstaltung. Sie trugen anschließend auch wesentlich zur Diskussion in der Hufeisenfabrik bei.

Wahnsinn kaum zu überbieten

Bezahlbarer Wohnraum ist vor allem in den Ballungszentren selten zu finden. Große Probleme haben nicht zuletzt Studenten, aber vor allem Bürger mit geringem Einkommen, denen oftmals Obdachlosigkeit droht. Die große Neugierigkeit, daß die Bundeswehr eine ganze Stadt erbauen ließ, nur um dort Kriegsübungen durchführen zu können, ließ die Kriegsministerin von der Leyen wohl vor Freude tanzen.

Da mache ich nicht mit. Die Kriegsgeilen müßten wegen Ansteckungsgefahr in Quarantäne gesteckt werden. Damit Bauarbeiter wieder mit dem veruntreuten Baumaterial Wohnungen für Menschen bauen. Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, Krieg wird von Menschen gemacht.

Die Erde soll keine Schlachtfelder sondern Weizenfelder tragen, worauf keine Panzer, sondern Mährescher fahren. Die Menschen sollen Ernten einfahren und nicht fremde Völker aus ihren Dörfern verjagen. Sichert unseren Kindern den Frieden!

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

100 Jahre Wasserturm

Die Feierlichkeiten zu 100 Jahre Finower Wasserturm finden am Abend des 20. Oktober mit einer Festveranstaltung ihren Höhepunkt. Zeitgleich findet der 5. Barnim-Bowl mit den Eberswalde Warriors und Gästen aus Berlin statt.

Die Festveranstaltung beginnt gegen 17.30 Uhr mit einer kurzen Rede des Bürgermeisters und dem Anschnitt einer Geburtstagstorte. Gegen 18 Uhr wird ein Münzwurf den Kick-Off zum American Football Spiel eröffnen. Wir freuen uns, zahlreiche Besucher zu unserer gemeinsamen Veranstaltung empfangen zu können. Selbstverständlich ist für das leibliche Wohl ausreichend gesorgt. Einlaß ist bereits ab 17 Uhr. Der Eintritt kostet 5 Euro und beinhaltet den Besuch des Turmes und des Spieles.

Etwa gegen 21.30 Uhr wird ein Feuerwerk am Turm und auf dem Fußballplatz vor dem Turm die Aftershow-Party einläuten. Der Abend soll allen Besuchern in besonderer Erinnerung bleiben.

HEIKO SCHULT, Vorsitzender Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V.

Studiengruppe Nordkorea

Am Sonntag, dem 7. Oktober, kamen Freunde, Sympathisanten, Mitglieder aller revolutionären Parteien und vorbeikommende Bürger aus Neulöwenberg im Museum des Ortes »DDR Zeitreise – Eine Reise in die Vergangenheit« zum freundschaftlichem Gespräch zusammen. Themen hatten sich in der Zeit seit dem letzten Treffen ausreichend aufgestaut und forderten Klärung. Unsere Freunde aus Berlin begrüßten die Anwesenden mit herzlichen Worten und einem Toast auf den Geburtstag der DDR, der sich an diesem 7. Oktober zum 69. Male jährte. Es wurde an viele soziale und kulturelle Errungenschaften erinnert, aber auch an jene, die diese Veränderungen umsetzten.

Der Redner erinnerte auch an die heldenhaften Kämpfer der koreanischen Volksrepublik, an die drei Millionen Toten infolge der US-amerikanischen Aggression, an weitere Probleme des Entstehens der DVRK, an unser Bemühen die Freundschaft zu Nordkorea zu gestalten. Die Vielfalt der Aufgaben der »Partei der Arbeit Koreas« (PdAK) und ihre dabei erzielten Erfolge bis heute, machen uns stolz. Um diesen Prozeß mitzugestalten, wollen wir nach einer längeren Pause nun eine »Studiengruppe Nordkorea« gründen. Wir werden gemeinsam mit den Genossen der Botschaft der DVRK in der BRD die erforderlichen Grundlagen herausarbeiten.

Alle Interessierten, Freunde, Helfer, Ideengeber, Neugierige – jeder ist willkommen. Wir beraten weitere Aufgaben für den Monat November, auch für weitere Überraschungen. Wir werden in den nächsten Ausgaben darüber berichten.

KARL DIEDRICH, Studiengruppe Nordkorea, Ortsgruppe Eberswalde

Schüler knüpfen Kontakte mit Rußland

Projekt am internationalen »Tag des Lehrers« soll Sprachkenntnisse verbessern

Der erste Schritt ist gemacht: Schüler der der Karl-Sellheim-Schule in Eberswalde knüpften am »Welttag des Lehrers« Kontakt zu Schülern im russischen St. Petersburg, Moskau, Korolev und Lobnja. »Ziel ist der langfristige Kontakt, das Verbessern der Sprachkenntnisse und der Austausch von Informationen aus erster Hand«, sagt Anna Abramova*, die den interkulturellen Schüleraustausch initiiert hatte.



Anna Abramova, Fellow der Bildungsinitiative »Teach First«, hat am »Welttag des Lehrers« an der Eberswalder Karl-Sellheim-Schule Kontakte mit vier russischen Schulen geknüpft.

Foto: privat

Am interaktiven Unterricht nahmen Schüler der 4. und 7. Klassen teil. Viele von ihnen lernen Russisch als Fremdsprache. Das Ziel des Projekts ist eine Kontaktaufnahme mit russischen Schülern, »um einen langfristigen, kulturellen und persönlichen Austausch zwischen den Schülern in beiden Ländern zu fördern«, so die Initiatorin. Die Schüler in Eberswalde machten Fotos von ihren Klassen und ihrer Schule und nutzten diese, um eine kreative Gratulation in Form eines Plakates vorzubereiten. »Das digitale Plakat wurde an die vier Schulen in Rußland verschickt«, beschreibt Anna Abramova das Projekt. Nach dem Quiz über das russische Schulsystem und die vielfältigen schulischen Traditionen übten die Schülerinnen und Schüler russische Buchstaben. Sie schrieben ihre Namen und konnten mit Unterstützung der Lehrerinnen eine freundliche Botschaft nach Rußland senden. Zur Krönung dieses interkulturellen Austausches fertigten die Schülerinnen und Schüler ein farbenrohes Plakat, was sie gleich digital mit einem Mausclick nach Rußland schickten. Die russischen Schülerinnen und Schüler warteten ungeduldig auf diese Wünsche und bereiteten ihrerseits eine Antwort vor.

Anna Abramova ist selbst in St. Petersburg geboren. Zu einem transkulturellen Studium an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg war sie nach Deutschland gekommen. Seit August 2018 arbeitet sie als zusätzliche Kraft an der Karl-Sellheim-Schule. Anlässlich des Welttages des Lehrers, der jedes Jahr am 5. Oktober gefeiert wird, organisierte sie einen Workshop, um den russischen Schülern und Lehrern zu gratulieren. Er soll die Anerkennung und Dankbarkeit für die Arbeit der Lehrer zum Ausdruck bringen. Der Weltlehrertag wurde 1993 von UNESCO-Generaldirektor Federico Mayor eingeführt. In Rußland existiert der Gedenktag bereits seit 1965.

Der »Tag des Lehrers« sei ein besonderer Tag in Rußland, erzählt Anna Abramova. Darauf würden sich sowohl Lehrer als auch Schüler

freuen. Der Tag werde mit einem verkürzten Stundenplan, mit Plakaten und Bildern dekorierte Flure, viele Blumen, Pralinen und Schokolade gefeiert. Außerdem gibt es laut Abramova vertauschte Rollen zwischen Schülern und Lehrern. So dürften sich die Schüler als Schulleiter ausprobieren, seien für die Stundenpläne verantwortlich und übernehmen außerschulische Aktivitäten.

»Die Schüler erlebten einen interessanten Projekttag. Trotz der Entfernung von mehr als 1800 Kilometern waren sich die Schüler so nah wie nie zuvor«, sagt die stellvertretende Schulleiterin Sabine Giese von der Karl-Sellheim-Schule. Die Schüler seien mit großer Begeisterung an der Sache beteiligt gewesen. Der Kontakt zwischen Eberswalde und Rußland soll über den Welttag des Lehrers hinausgehen. Zukünftig sollen sich die Schüler Postkarten schicken, um einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten. »Und wer weiß, ob nicht aus diesem Projekt eine internationale Freundschaft werden kann, welche trotz der Entfernung von mehr als 1800 Kilometern das gegenseitige Verständnis stärkt«, hofft Anna Abramova.

JOSEF KÖNIG

* ANNA ABRAMOVA (27) ist bei der gemeinnützigen Bildungsinitiative Teach First Deutschland gGmbH (engl. »unterrichte zuerst«) als Fellow (Stipendiatin) tätig und wird für zwei Jahre an der Karl-Sellheim-Schule eingesetzt. In Brandenburg sind die Fellows beim Land angestellt und beziehen von dort ihr Gehalt. Ziel der Organisation ist es, die Chancengerechtigkeit von benachteiligten Schülern zu verbessern. Dafür werden Hochschulabsolventen aller Studienrichtungen für zwei Jahre an Schulen in sozialen Brennpunkten im Unterricht und außerunterrichtlich als zusätzliche Kräfte tätig und unterstützen Schülerinnen und Schüler besonders bei Übergängen zwischen Schulformen und bei Abschlüssen. »Wir wollen Brücken zwischen Menschen aufbauen, die sonst kaum miteinander in Kontakt kommen«, sagt Ulf Matysiak, geschäftsführender Gesellschafter von Teach First Deutschland und Entwickler des pädagogischen Programms. »Die individuellen Geschichten von Schülern, ihr Mut und ihr Anspruch auf eine faire Chance sind unser wichtigster Antrieb.«

100 Jahre Frauenwahlrecht

Berlin (bbp). Sebastian Schmidt vom Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke, machte jüngst per Pressemitteilung darauf aufmerksam, daß die SPD-Bundestagsfraktion anläßlich 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland den MARIE-JUCHACZ-Preis ausgeschrieben hat. »Der Anlaß kann passender nicht sein: 100 Jahre ist es her, daß Frauen in Deutschland das Wahlrecht zugesprochen wurde, daß sie in ein deutsches Parlament gewählt werden durften. Die meisten weiblichen Abgeordneten waren nach der ersten Wahl für und mit Frauen in den Reihen der SPD zu finden. Und es war die Sozialdemokratin Marie Juchacz, die als erste Frau überhaupt in einem deutschen Parlament redete«, sagt Zierke.

Weder Zierke noch die SPD in den näheren Erläuterungen zu dem einmalig vergebenen Preis erwähnen, daß das Frauenwahlrecht eines der Ergebnisse der Novemberrevolution von 1918 war. Nicht einmal, daß es diese Revolution überhaupt gab, ist ein Wort wert. Das Wahlrecht wurde den Frauen »zugesprochen«.

Mit demokratischen Volksbewegungen hatte die SPD schon damals wenig am Hut. Ihr damaliger Vorsitzender Friedrich Ebert beschwor noch am 7. November den Kaiser, er möge doch abdanken, sonst »ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.«¹

Am 9. November 1918 zeigte sich jedoch, daß die Revolution unvermeidlich war. Reichskanzler Max von Baden übergab sein Amt an Ebert, der sich dann, als der Sieg der Revolution in Berlin klar war, zum Vorsitzenden des »Rates der Volksbeauftragten« erklärte. Ebert, der die soziale Revolution haßte, tat alles, um selbige zu ersticken. Dazu gehörte auch – und das kann ihm als Verdienst angerechnet wer-

den – die 1848 gescheiterte bürgerliche Revolution zu vollenden und eine parlamentarische demokratische Republik zu errichten. Damit blieb die ökonomische Herrschaft des Kapitals erhalten. Zugleich wurden eine ganze Reihe von demokratischen Errungenschaften festgeschrieben, darunter das Frauenwahlrecht, das der Rat der Volksbeauftragten schon in seinem Aufruf vom 12. November 1918 verkündete. Am 30. November 1918 wurde das dann im Reichswahlgesetz – als Verordnung erlassen – in Paragraphen gegossen und erstmals bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 umgesetzt. Da war SPD-Parteifreund Noske schon eifrig dabei, im Bündnis mit der kaiserlichen Reichwehrrführung »den Bluthund« zu machen – und die Saat für den Faschismus zu legen.

Aber davon weiß, wie gesagt, der SPD-Bundestagsabgeordnete Zierke und seine ganze Fraktion nichts – oder will nichts wissen.

Mit dem »Marie-Juchacz-Preis 2019« will die SPD-Fraktion »junge Menschen mit einer kreativen Idee auszeichnen«. Die Fragestellung lautet: »Was würde Marie Juchacz heute in ihrer Rede im Deutschen Bundestag aus Frauensicht einfordern (Kreativ-Wettbewerb).« Bewerber können sich junge Leute von 16 bis 27 Jahren. Darüber hinaus prämiert die Fraktion »innovative zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, in denen Bürgerinnen und Bürger sich dafür engagieren, die politische Beteiligung von Frauen voranzubringen (Engagement-Wettbewerb). Hier können sich innovative zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen bewerben, die sich gemeinnützig für mehr politische Beteiligung von Frauen engagieren.«

¹ – Wolfgang Ruge: Revolutionstage November 1918, illustrierte historische hefte Nr. 14, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1978.

Theaterherbst in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Im Herbst bietet Eberswalde wieder jede Menge Angebote im Bereich der darstellenden Kunst. »Daß Eberswalde ein facettenreiches Theaterprogramm zu bieten hat, zeigen wir seit zwei Jahren. Das letzte Quartal hält noch einmal viele Höhepunkte bereit«, so Dr. Stefan Neubacher, Kulturamtsleiter der Stadt.

Jugendliche, Erwachsene, Kinder, alle kommen auf ihre Kosten. »Diese Vielfalt spiegelt sich auch in den Themen und Formen wieder: Klassiker wie Die Räuber, Unterhaltsames wie Fisch zu Viert sind ebenso dabei wie die Formate Sprechoder Puppentheater.« Als Theaterorte haben sich der FAMILIENGARTEN und das BÜRGERBILDUNGSZENTRUM AMADEU ANTONIO etabliert.

Im Oktober sind zwei Theateraufführungen zu erleben. Das Puppentheater »Prinz Hamlet« wird am 18. Oktober um 19 Uhr in der Hufeisenfabrik im Familiengarten zu sehen sein. Die Aufführung des Theaters des Lachens aus Frankfurt (Oder) richtet sich vor allem an Familien. Am 21. Oktober um 17 Uhr folgt im

Familiengarten das Stück »Die Räuber« der Uckermärkischen Bühnen Schwedt (ubs). Am gleichen Ort zeigen die ubs dann am 6. November um 10 Uhr und um 19.30 Uhr das Stück »Tschick«. Die ubs-Vorstellung »Fisch zu viert« folgt am 17. November um 20 Uhr im Saal des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio. Wie in jedem Jahr bestreiten die Wagonkomödianten eine Weihnachtsaufführung. Am Nikolaustag, am 6. Dezember, wird in der Hufeisenfabrik das Stück »Die sieben Geißlein« zu sehen sein. Die Vormittagsaufführung ist bereits ausgebucht, aber für die 14-Uhr-Vorstellung sind noch Karten zu haben. Bestellungen nimmt das Kulturamt (03334/ 64411 oder kulturamt@eberswalde.de) entgegen. Karten gibt es in der Tourist-Information, Steinstraße 3. Die Veranstaltungen werden vom Land Brandenburg und vom Landkreis Barnim gefördert. Der Eintritt kostet jeweils 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Einlaß ist 15 Minuten vor Beginn der Vorstellungen.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Zum Dorf der Steinschläger

Sonntag, 21. Oktober, 10 km

Elisabeth Seel und Hartmut Lindner laden zu einer Wanderung durch den herbstlichen Buchenwald von Chorin nach Senftenhütte ein. An einigen aufgelassenen Steinabbaugruben in der Endmoräne vorbei führt uns der Weg zur Schmalspurbahntrasse, die die Abbaustellen mit dem damaligen Verladebahnhof verband, und nach Senftenhütte, dem einstigen Glashütten- und Steinschlägerdorf. Kaffee und Kuchen in der Keramikscheune.

Treff: 13.30 Uhr Vor dem Lindenblattbistro im Bahnhof Chorin, Bahnhofstraße 1.

Bötzsee-Rundwanderung

Sonntag, 28. Oktober, 10 km

Über Wiesen und Felder, oft weiden hier Kühe und Pferde, geht's zum Ufer des herrlichen Bötzes. Rechts von uns steigt der Wald an, es duftet nach Harz, Moos, Blumen, von links umweht uns der Geruch nach Wasser, Schilf, Moder. Reizvolle Ausblicke auf den See garantiert. Hier gibt es noch Natur pur. Einer Sage nach soll der Bötze unendlich tief sein. Kalte Strömungen gibt's, mitten im See.

Treff: 10.30 Uhr vor Hotel Seeschloß, Altlandsberger Chaussee 102, 15345 Eggersdorf.

Anna Liebenwaldt und die Brandfichte

Mittwoch, 31. Oktober. Nachspaziergang mit Lichtern und Geschichten über Samhain, 2 km.

Die NaturFreunde laden alle Kinder mit ihren Eltern und Großeltern zu einer besonderen Halloweenwanderung ein. Besonders eingegangen wird auf die Geschichte der letzten Hexenverbrennung bei Freienwalde an der Brandfichte. Ob Anna Liebenwaldt erscheinen wird? Spaziergeschwindigkeit 2 km/h.

Wanderleiter Wolfgang Bülow, Organisation Bernd Müller. Treff: 15.30 Uhr Bushaltestelle Waldstadt, Am Sparrenbusch/Ecke Danckelmannstrasse 2, Bad Freienwalde. Gebühren: Erwachsene 2 Euro; ermäßigt 1 Euro.

Um den Hellsee und das Lanker Schloß

Sonntag, 4. November, 7,1 km.

Vorbei am verschlafenen Schloß Lanke gehen wir durch den ehemaligen Schloßpark auf den Wanderweg um den Hellsee. In der NaturFreunde Hütte »Ulli Schmidt« am Hellsee erwarten uns bereits die NaturFreunde Hellmühle mit leckerer Bratwurst und Getränken. Gestärkt begeben wir uns auf die letzten 3 Kilometer bis wir gegen 14 Uhr Lanke erreichen.

Wanderleiterin: Manuela Grundmann. Treff: 10.30 Uhr Schloß Lanke (großer Parkplatz im Ort bei Bushaltestelle)

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Erörterungstermin im Rahmen des Planergänzungsverfahrens: 380kV-Freileitung »Uckermarkleitung«

7. (und evtl. 8. November), Beginn 10 Uhr, Einlaß ab 8 Uhr im Haus Schwärzetal

Das Landesbergamt (LBGR), die Genehmigungsbehörde für die umstrittene 380kV-Freileitung von Bertikow-Neuenhagen, hat kürzlich über das Amtsblatt bekannt gegeben, daß es am 7. und möglicherweise auch am 8. November einen Erörterungstermin im Haus Schwärzetal in Eberswalde geben wird.

Hier sollen die Einwendungen, die im Rahmen des Planergänzungsverfahrens eingebracht wurden, näher erörtert werden.

Die Bürgerinitiative ruft alle, die Einwendungen unterzeichnet oder an das LBGR geschickt haben, auf, ihre Beteiligungsrechte wahrzunehmen und sich an der Erörterung zu beteiligen.

Im Planfeststellungsverfahren (2010-2014), hat das LBGR die Durchführung eines Erörterungstermins entschieden abgelehnt. Damals hat die BI am 1.9.2010 die Initiative ergriffen und in der Klosterkirche Angermünde mit 50 Hertz eine öffentliche Erörterung organisiert, die gut besucht war und seinerzeit auch ein starkes Medienecho gefunden hat. Das LBGR steht heute der Bürgerbeteiligung anscheinend etwas positiver gegenüber.

Es gibt ja noch viel Klärungsbedarf und gewichtige Argumente gegen die Freileitung zu erörtern.

HARTMUT LINDNER,

Sprecher der BI: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, 14. November, 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Kretschmann-Ausstellung

»Ein Leben für den Naturschutz«

Noch bis zum 2. November 2018 ist im Potsdamer Landtag (Alter Markt 1) auf dem Flur der Linksfraktion im 2. Obergeschoß die Ausstellung »Erna und Kurt Kretschmann – Ein Leben für den Naturschutz« zu sehen. Der Eintritt ist frei. Das Buch »Mulch total – Ein Weg in die Zukunft« von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm gibt es in allen Buchhandlungen.

Gedenken am 9. November

Eberswalde (prest-ew). Am 9. November vor 80 Jahren wurde die Eberswalder Synagoge während der Pogromnacht 1938 zerstört. Zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht sowie des Holocausts rufen die Stadt Eberswalde und der Ökumenische Arbeitskreis zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung auf.

Die Gedenkveranstaltung wird in diesem Jahr nicht am Gedenkorten enden, sondern wird im Paul-Wunderlich-Haus fortgeführt. Der bekannte Publizist Micha Brumlik wird zunächst in einem Vortrag zur politischen und gesellschaftlichen Situation in Deutschland sprechen, anschließend wird es eine Diskussion mit Vertretern des Freundeskreises Israel und des AMCHA e.V geben. Danach sind alle interessierten Gäste zu einem Konzert der bekannten Band Sephardics eingeladen.

Treffpunkt ist am 9. November um 18 Uhr der Gedenkorten »Wachsen mit Erinnerung« in der Goethestraße. Danach geht es weiter bis 20.30 Uhr im Saal des Paul-Wunderlich-Hauses.

95 polemische Thesen

Eberswalde (bbp). In einer Buchbesprechung wird am Vorabend des Reformationstages in Eberswalde über »95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung« diskutiert. Dem Autor KLAUS BLESSING geht es in seiner »Streitschrift für eine bessere Welt« nicht nur darum, die verwerflichen Erscheinungen des realen Kapitalismus zu benennen, sondern er will »an die Wurzel des Übels heran: das kapitalistische System und seine Grundlagen«. Zugleich will er Gedanken beitragen zu seiner Überwindung und denkt darüber nach, welche Merkmale eine erneuerte sozialistische Gesellschaft prägen sollten. Am 30. Oktober, um 16 Uhr, wird Klaus Blessing in der Gaststätte »Mundtshof« über seine »Thesen« sprechen und mit den interessierten Gästen diskutieren.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 10. Oktober 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7. November 2018.